

REPORT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG
FÜR POLITISCHE BILDUNG

POLIS

4 | 2016

Schwerpunkt
Gesellschaftsordnungen

Zeitung

Mit Urteilskraft und Mut! Politische Bildung
gegen den oder mit dem Rechtspopulismus?

Fachbeiträge

Ulrich Menzel
Internationale Ordnungen

Oliver Flügel Martinsen
Politische Ordnung denken

Werner Friedrichs
Macht(-)Ordnung (!)

Moritz Peter Haarmann
Wirtschaft ist politisch!

Didaktische Werkstatt

Franziska Schädlich
Thematisierung der internationalen Ordnung auf der
Folie des Empirebegriffs von Hardt/Negri

DVPB aktuell

Impuls

Politische Bildung als Weckruf gegen Populismus
und Menschenfeindlichkeit

7,40 € (D)/7,61 € (A)/11,40 CHF



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Editorial

Die Frage nach den Ordnungen von Gesellschaften ist ausgesprochen virulent und auch für die politische Bildung bedeutsam. Dabei geht es auch um Fragen der Integration in einer beschleunigten und von Zentrifugalkräften geprägten (Welt)Gesellschaft. Wenn in der politischen Bildung grundsätzliche Fragen nach dem Zusammenleben in der Gesellschaft aufgeworfen werden, geht es in der Regel um die richtige Ordnung. Von Interesse ist dabei zumeist die Begründung einer vernünftigen Form des Zusammenlebens, die sich an ethischen und moralischen Idealen orientiert. Es gilt, in einer richtigen Ordnung die Voraussetzungen für die Freiheit des Einzelnen ebenso zu berücksichtigen wie die Sicherstellung eines friedlichen Zusammenlebens; die Individualinteressen ebenso wie das Gemeinwohl usw. Im vorliegenden Heft soll diese Perspektive, Ordnungen hinsichtlich ihrer Begründungen aufzuarbeiten, etwas von den Rändern her betrachtet werden.

In der aktuellen Polis eröffnet *Ulrich Menzel* den Blick auf internationale Ordnungen in ihren unterschiedlichen Konstellationen, möglichen Vermessungen und Wandlungen. *Oliver Flügel-Martinsen* beschreibt, wie jenseits institutioneller Settings politische Ordnungen gedacht werden können – Ordnungen sind dabei genau nicht als gegebene, starre Seinsverhältnisse anzusetzen. Den fachwissenschaftlichen Einlassungen folgen zwei fachdidaktisch orientierte Beiträge. *Werner Friedrichs* betrachtet die Hervorbringungsmechanismen gesellschaftlicher Ordnungen und unterscheidet dabei drei unterschiedliche Typen mit Blick auf ihre didaktisch-methodischen Entsprechungen. *Moritz Peter Haarmann* diskutiert die Bedeutung des Themenbereichs Wirtschaftsordnung für die sozio-ökonomische Bildung. In der Didaktischen Werkstatt skizziert *Franziska Schädlich*, wie die internationale Ordnung mit Hilfe des Empirebegriffs Eingang in den Unterricht finden könnte und markiert dazu erste Erfahrungen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Werner Friederichs und Dirk Lange

POLIS

Gesellschaftsordnungen

Zeitung

- Mit Urteilstkraft und Mut! Politische Bildung gegen den oder mit dem Rechtspopulismus? 4

Fachbeiträge

- Ulrich Menzel*
Internationale Ordnungen 8
- Oliver Flügel-Martinsen*
Politische Ordnung denken 12
- Werner Friedrichs*
Macht(-)Ordnung (!) Über den didaktisch-methodischen Wert der Thematisierung von Ordnungsmechanismen 15
- Moritz Peter Haarmann*
Wirtschaft ist politisch! Die Wirtschaftsordnung und ihre Zusammenhänge 18

Didaktische Werkstatt

- Franziska Schädlich*
Thematisierung der internationalen Ordnung auf der Folie des Empirebegriffs von Hardt/Negri 23

DVPB aktuell

- Impuls:** Politische Bildung als Weckruf gegen Populismus und Menschenfeindlichkeit 26
- Termine** 27
- Berichte**
- Sachsen-Anhalt: Diskussion über Bildungspolitik in der Einwanderungsgesellschaft 27
- Thüringen: Politiklehrtag zur Asyl- und Flüchtlingspolitik 28
- : Fachtagung „Wohlstand ohne Wachstum“ im August 28
- Hessen: Deutsch-polnisches Seminar des Landesverbandes besucht Olsztyn 28
- Mecklenburg-Vorpommern: Jahreskongress zur politischen Bildung erstmals mit Preisverleihung 29
- Rheinland-Pfalz: Prof. Dr. Hans Buchheim erhält den Bernhard-Sutor-Preis 30

LITERATUR

- Rezensionen 31
- Vorschau / Impressum 34



Mit Urteilkraft und Mut! Politische Bildung gegen den oder mit dem Rechtspopulismus?

Ein Kommentar

Glaubwürdige Politische Bildner setzen sich für die politische Demokratie ein. Das ist unumstritten. Die Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in NRW, Frau Springberg-Eich, formulierte es am 24. Oktober dieses Jahres anlässlich der Feier zum 70jährigen Bestehen ihrer Einrichtung, der ältesten Einrichtung dieser Art in Deutschland, so: „Rechtspopulisten und Extremisten machen Stimmung gegen Geflüchtete und Minderheiten. [...] Gerade vor diesem Hintergrund muss die politische Bildung noch stärker für eine demokratische Kultur eintreten“ (Landtag intern v. 15. November 2016, S. 15).

Auch das ist Konsens. Aber gibt es nicht dann ein Dilemma, wenn Populisten im Namen eines proklamierten Volkswillens in demokratischen Abstimmungen auf legale Weise in Amt und Machtpositionen kommen: Trump ins Weiße Haus und die AfD in deutsche Landtage? Dieses verzwickte Problem hat jetzt in Baden-Württemberg die Handlungsbedingungen der Politischen Bildner unmittelbar erreicht. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat sich die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden-Württemberg immer wieder kritisch beschäftigt. Es gehöre zu ihren „Kernaufgaben“, sich mit politischen Phänomenen auseinanderzusetzen, sagt der Direktor Lothar Frick – also auch mit dem Rechtspopulismus. Manche AfD-Leute wehrten sich zwar gegen dieses Etikett, aber insgesamt sei

die Partei fraglos rechtspopulistisch. Nun wird die AfD ihrerseits die Landeszentrale kritisch in den Blick nehmen, und zwar von innen. Drei Abgeordnete aus der AfD-Landtagsfraktion – Rainer Balzer, Anton Baron und Rainer Podeswa – sind in das 24-köpfige Kuratorium gewählt worden, das die Überparteilichkeit der politischen Bildungsarbeit gewährleisten soll. Damit entscheiden sie künftig mit über thematische Schwerpunkte und den Haushalt der LpB; zudem dürfen sie beim Direktor „jederzeit Auskünfte über die laufende Arbeit“ einholen. Kann man da noch Beobachter und Beobachtete klar unterscheiden?

Aber der sich abzeichnende Konflikt zwischen politischer Bildung und Rechtspopulisten geht noch tiefer. Denn in Sachsen und im Saarland proklamiert die AfD per Programm die völlige Abschaffung der Landeszentralen für politische Bildung. In Baden-Württemberg gibt sich die AfD bisher noch moderater. Wenn die Landeszentrale ihren Auftrag gut erfülle, sagt der Abgeordnete Balzer, „stellt sich die Frage nach der Abschaffung nicht“ (Stuttgarter Zeitung v. 11.11.2016). Man kann diese Aussage aber auch als das Stellen von Bedingungen deuten. So wie beispielsweise der AfD-Landtagsabgeordnete Joachim Paul bereits über Aktivitäten der Mainzer Landeszentrale urteilt: „Es stellt sich die Frage, ob aus der LpB eine ‚Gesinnungszentrale‘ zu werden droht.“

In dieser Situation muss daran erinnert werden, dass es wesentliche Unterschiede zwischen volksverbunden und populistisch gibt, zwischen dem demokratischen Prinzip, den Volkswillen zwischen Alternativen entscheiden zu lassen, und dem politischen Anspruch, die wahre und einzige Volksmeinung durchzusetzen. Die eine Position ist pluralistisch, sie geht davon aus, dass das Volk immer durch eine Vielfalt verschiedener Auffassungen gekennzeichnet ist und bleibt; die andere Position ist essentialistisch und meint, es gebe nur den einen, selbst artikulierten Volkswillen; andere Auffassungen werden ausgegrenzt; nach dem Motto: „Nur wir sind das Volk“.

Der Konflikt muss auch unter dem Aspekt der Differenzierung in ein formales und ein inhaltliches Demokratieverständnis gesehen werden. Demokratische Politik besteht nämlich immer mindestens aus zwei Komponenten: den demokratischen Verfahren durch Diskussion und Abstimmungen zu allgemein akzeptierbaren Mehrheitsentscheidungen zu kommen und die demokratischen Werte, das heißt, die Menschen- und Bürgerrechte (z.B. den Schutz von Minderheiten) zur Wirklichkeit werden zu lassen. In der erstrebenswerten Demokratie ist das eine ohne das andere unvollständig.

Man wird auf der einen Seite wohl oder übel akzeptieren und aushalten müssen,



Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Dr. Hans-Peter Bartels, stellte in seinem Grußwort auf der DVPB-Herbsttagung zum Thema „Politische Bildung als Kritik“ (17.-18.11.2016 in Berlin-Kreuzberg) heraus, dass es einer starken politischen Bildung bedürfe, um die gegenwärtige ‚Epoche der Herausforderungen‘ zu bewältigen.

den Landesschülerrat“, sagt die Sprecherin, Acelya Aktas. Passiert sei in diesen acht Jahren aber nichts.

Auf die Frage nach mehr Sozialkunde erntet man im Ministerium Achselzucken. Lehrer sollen Freiräume nutzen, wenn aktuelle Fragen aufkommen, heißt es. Sozialkunde sei erst bei der Umstellung zum G8 im Gymnasium gestärkt worden und bis zur 10. Klasse übernehmen andere Fächer die politische Bildung. Außerdem sei zusätzlicher Unterricht schwer vermittelbar, wenn viele Eltern eher weniger Unterricht wollen. Und welches Fach solle für mehr Sozialkunde Zeit abgeben?

Die Studentafel anzufassen, würde Begehrlichkeiten wecken. Entsprechend vorsichtig drückt der Vorsitzende der Fachgruppe Geschichte/Sozialkunde im Bayerischen Philologenverband David Denninger sich aus. „Mehr Sozialkunde würde die Schüler nicht belasten, sie wollen diskutieren und stellen oft Fragen etwa zu Trump und Hillary“, sagt Denninger.

Zeit dafür sei kaum, auch weil eine Sozialkundestunde selten 45 Minuten habe, wenn die Schüler erst von anderen Kursen ins Klassenzimmer kommen. Die Einstündigkeit bringe auch organisatorische Probleme, erschwere die Notengebung für das Abitur und führe zur Entprofessionalisierung, weil Studenten eher Fächer wählen, die mehr Unterricht bringen. „So kann es nicht weitergehen, und alles spricht für mehr Sozialkunde“, sagt Denninger.

Der Landesschülerrat nimmt den Wunsch nach mehr Politik nun selbst in die Hand: Demnächst sollen in Augsburg Schüler mit Vertretern der Jusos, der Jungen Union und Jungen Liberalen über Flucht und Asyl diskutieren. Ein Ersatz für mehr Sozialkundeunterricht sei das aber nicht, sagt Landesschülersprecherin Acelya Aktas.

Bayerns Schüler bekommen Unterstützung bei ihrer Forderung nach mehr Politikunterricht. Die wahrscheinliche Rückkehr vieler Gymnasien zu neun Jahren Schulzeit ist für den Landesschülerrat und die Geschichtslehrer eine Gelegenheit, Sozialkunde im Gymnasium zu stärken. Auch G-8-Schulen sollten schon in der Mittelstufe zwei Stunden pro Woche Sozialkunde lehren, findet Michael Schröder, 2. Vorsitzender des DVPB-Landesverbandes in Bayern. Gerade in Zeiten von

dass legal gewählte, rechtspopulistische Parlamentarier auch an der politischen Kontrolle politischer Bildung beteiligt sein können. Aber auf der anderen Seite müssen der Demokratie verpflichtete Politische Bildner engagiert und kritisch alle politischen Strömungen und Parteien in ihrer Arbeit an der Einhaltung der demokratischen Werte und Grundrechte messen. Dazu gehört Durchhaltevermögen und Entschlusskraft. Für sie gilt das, was schon 1784 ein deutscher Philosoph als Maxime der Aufklärung formuliert hat: „Sapere aude! Habe Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Schließlich hat Angela Merkel auch Donald Trump zur Wahl gratuliert, indem sie ihm am 10. November vernünftig und mutig eine gute Zusammenarbeit angeboten hat, wenn er die Werte unserer Zivilisation einhält!

Hans-Joachim von Olberg

Der Politikunterricht ist die größte Baustelle an bayerischen Schulen

München. Die Tendenz der Bundesländer zum Sparkurs beim Geschichtsunterricht haben Dutzende Lehrer auf dem Historikertag beklagt. Die größere Baustelle aber dürfte in Bayern der Politikunterricht sein, der hier immer noch Sozialkunde heißt. Am Gymnasium wird Politik in den letzten drei Schuljahren je eine Stunde pro Woche unterrichtet, in der Realschule nur im Abschlussjahr.

Der Sozialkundeunterricht in Bayern soll nicht nur Verfassungen und politische Systeme thematisieren, sondern jeden Jugendlichen zum „zoon politikon“ erziehen, einem politischen Wesen frei nach Aristoteles, das eigenverantwortlich und im Sinne der Gemeinschaft handeln soll und in der Lage ist, die komplexen Zusammenhänge der Gegenwart zu verstehen. So steht es im Lehrplan fürs Gymnasium, ähnlich ist es bei Real- und Mittelschulen formuliert.

In einem Jahr kommt der Lehrplan Plus in die weiterführenden Schulen und mit der Rückkehr zu neun Jahren wäre am Gymnasium mehr Zeit. Geht es nach den Landesschülersprechern, sollte diese auch für Sozialkunde und mehr Diskussionen über aktuelle Themen genutzt werden. „Den Antrag für mehr Sozialkunde gibt es so lange wie

EU-Krise, Bürgerkriegen und Instabilität im Nahen Osten müsse mit Politikunterricht verhindert werden, dass Jugendliche sich extremistischen Strömungen zuwenden oder von Populisten verführen lassen, sagt Schröder. Nur mit mehr Sozialkundestunden und Fortbildungen für Lehrer könne „Bayern die ewige Schlusslaternen bei der politischen Bildung an Schulen irgendwann wieder abgeben“.

Süddeutsche Zeitung – online
v. 25.09.16

Ulrika Engler wird Direktorin der neuen Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsens

Hannover. Ulrika Engler soll Anfang des kommenden Jahres die Leitung der neuen Landeszentrale für politische Bildung übernehmen. Dies teilte die Staatskanzlei in Hannover am 01. November mit. Das Kabinett hat in seiner Sitzung an diesem Tag eine entsprechende Empfehlung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur zustimmend zur Kenntnis genommen. Am Montag zuvor hatte sich bereits das Kuratorium der Landeszentrale einstimmig für Frau Engler ausgesprochen.

„Ich freue mich, dass wir mit Frau Ulrika Engler eine hoch kompetente und erfahrene Expertin im Bereich der politischen Bildungsarbeit für die Leitung gewinnen konnten. Die Besetzung ist ein zentraler Baustein für den Aufbau der neuen Landeszentrale“, sagt Gabriele Heinen-Kljajić, Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur.

Die 41-jährige ist in Riedlingen (Baden-Württemberg) geboren und hat Theologie an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen studiert sowie berufsbegleitend einen Bildungsmanagement-Masterstudiengang an der PH Ludwigsburg absolviert. Sie bringt vielfältige Erfahrungen aus dem Bereich der Erwachsenenbildung und der politischen Bildungsarbeit mit. Seit 2007 ist sie als Leiterin der politischen Bildungseinrichtung aktuelles forum (af) mit Sitz in Gelsenkirchen tätig. Davor hat sie als Geschäftsführerin der Europäischen Föderation für Katholische Erwachsenenbildung FEECA und Leiterin des AKSB-Europabüros in Brüssel sowie als Referentin bei MISEREOR gearbeitet.

Zur Ausschreibung für die Leitungsperson gab es eine gute Bewerberlage mit

hohem Interesse aus dem gesamten Bundesgebiet. Mit der Besetzung geht der Neuaufbau der Landeszentrale weiter voran. Ulrika Engler tritt ihre Position voraussichtlich zum Beginn des neuen Jahres an.

Die frühere Landeszentrale war im Jahr 2004 von der schwarz-gelben Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff abgeschafft worden. Seither war Niedersachsen das einzige Bundesland ohne eine solche Einrichtung. Der niedersächsische Landtag hatte im April mit den Stim-



Die gelernte Bildungsmanagerin und Erwachsenenbildnerin Ulrika Engler (41) wird neue Chefin der Landeszentrale für politische Bildung in Hannover.

men der Opposition den Neustart der Landeszentrale für politische Bildung beschlossen. Da noch Bewerbungen liefen, sei jedoch nicht klar, wann die Landeszentrale mit der eigentlichen Arbeit beginnen könne, teilte die Sprecherin des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums Margit Kautenburger NDR.de mit.

Staatskanzlei/NDR.de

Bundesschülerkonferenz (BSK) fordert mehr Politikunterricht

Gießen. Die Bundesschülerkonferenz hat am 25. September 2016 in Schwedt an der Oder ein Positionspapier zur politischen Bildung an deutschen Schulen verabschiedet, darin fordert sie: „Politik muss bundesweit Pflichtschulfach in der Sekundarstufe I werden. Politische Bildung ist wichtig und wirkt der Politikverdrossenheit entgegen. Zudem ist die Stimme Jugendlicher essentiell für das aktuelle Politikgeschehen und sollte daher, eben durch Politik als Pflichtschulfach, gestärkt werden.“

Der Internet-Informationsdienst „bildungsklick“ berichtete Mitte Oktober, dass die BSK deshalb eine ständige Evaluation und Optimierung des Unterrichts im Fachbereich Politik in Form von Fortbildungen der Lehrkräfte und Aktualisierung der Curricula empfiehlt. Zugleich soll ein Fokus auf die Partizipationsmöglichkeiten und demokratische Erziehung der Schüler/innen gelegt werden. Für die methodische Ausgestaltung rät die BSK u.a. zu Planspielen und Podiumsdiskussionen (auch mit politischen Parteien). Die Lehrer/innen sollen hierbei einen methodisch und didaktisch vielfältigen Unterricht gestalten, um die operativen und rhetorischen Kompetenzen der Schüler/innen zu fördern und zu verbessern.

Es sei ein weiteres Problem, welches einem realitätsbezogenen Unterricht entgegensteht, dass ein ständiger Austausch zwischen Schüler/innen und Politik von einzelnen Kultusministerien untersagt wird. Damit ein praxisorientierter Politikunterricht erteilt werden kann, sollen die für die Ressorts Bildung und Schule zuständigen Landesbehörden die notwendigen Impulse setzen, damit dieser Austausch auch juristisch legitimiert wird.

Demokratie könne nur erlernt werden, indem sie auch gelebt wird. Deshalb fordert die BSK eine flächendeckende Einführung eines drittelparitätisch besetzten Schulparlamentes oder einer Schulkonferenz. Viele Bundesländer gingen hier schon mit gutem Beispiel voran; dennoch bestünden in einigen Bundesländern Nachbesserungsbedarfe.

Da Partizipation jedoch nicht nur in schulinternen Gremien erfolgt, sondern auch durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, spricht sich die BSK dafür aus, dass die Teilnahme an Demonstrationen zu bildungspolitischen The-

men, sowohl inner- als auch außerhalb der Schulzeit keine Repressalien für die Schüler/innen von Seiten der für Bildung und Schule zuständigen Behörden und Institutionen zur Folge haben darf. Um die Teilhabe von jüngeren politikinteressierten Jugendlichen zu fördern, fordert die BSK die Heruntersetzung des Mindestalters zur Ausübung des aktiven Wahlrechtes bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre.

Die Bundesschülerkonferenz ist die Ständige Konferenz der Landesschülervertretungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Sie behandelt Angelegenheiten der Bildungspolitik von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung gemeinsamer Anliegen. Die BSK wurde in ihrer heutigen Form im Jahr 2004 gegründet. Seit der Gründung beteiligten sich zwischen acht und elf der insgesamt 16 deutschen Landesschülervertretungen. Die Bundesschülerkonferenz wird aus den genannten Gründen von manchen Akteuren in Politik und Verwaltung nicht als ernstzunehmende legitime Vertretung der Schüler wahrgenommen. Gleichwohl wird sie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziell gefördert.

vO

Bundeszentrale für politische Bildung expandiert

Bonn. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) baut ihren Bonner Hauptsitz aus. Dies teilte der Präsident der Bundeszentrale Thomas Krüger im September in einem Interview dem Bonner General-Anzeiger mit.

Auf die Frage „Gehört die bpb nicht eher nach Berlin, wo die Regierungsmusik spielt?“ antwortete Krüger: „Ganz klares Nein. Die Bundeszentrale für politische Bildung war eine der besten Erfindungen der Bonner Republik. Politische Bildung nach dem zweiten Weltkrieg – um es salopp zu sagen: aus Nazis Demokraten zu machen – war eine heroische Aufgabe. Deshalb ist Bonn für uns der Genius loci. Man muss in Berlin präsent sein. Das sind wir auch, und wir haben dort etwa ein Sechstel unserer Mitarbeiter. Wir fühlen uns aber in Bonn sehr wohl und haben uns gerade vergrößert. Der Deutsche Bundestag hat in den



Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, spricht zur Eröffnung der Salafismus-Tagung im Kollegium Leoninum in Bonn.

vergangenen zweieinhalb Jahren mehr als 30 zusätzliche Stellen genehmigt.

Warum die Politik dies entschieden hat, begründete der Präsident so: „Zum einen als Reaktion auf die Herausforderung durch den radikalen Islamismus. In dem Bereich haben wir schon rund 50 Präventionsprojekte gefördert. Zum anderen mit Blick auf den Flüchtlingszustrom. Unsere Broschüre „Ankommen. Eine Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland“ in zwölf Sprachen haben uns vor allem die ehrenamtlichen Helfer aus den Händen gerissen. Der Großteil des Stellenzuwachses ist übrigens Bonn zugutegekommen. Wir nutzen deshalb jetzt auch das Gebäude Adenauerallee 131a, nur einen Steinwurf von der Zentrale entfernt.“

vO

Bundesausschuss Politische Bildung: Arbeitsgruppe „Grundsatzfragen der Politischen Bildung“ arbeitet weiter

Berlin. Der Vorstand des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) hat kürzlich beschlossen die Arbeitsgruppe „Grundsatzfragen der Politischen Bildung“ weiter zu führen. Die Arbeitsgruppe wird sich mit grundlegenden Fragen, aktuellen Entwicklungen und neuen Perspektiven der Politischen Bildung, insbesondere der non-formalen Bildungsarbeit, beschäftigen.

Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe grundsätzliche politische, gesellschaftliche und pädagogische Themen mit Relevanz für die Politische Bildung aufzugreifen, aufzubereiten und in den Dialog innerhalb der Träger des bap einzubringen sowie den Vorstand in solchen Fragen zu beraten.

Dieser Transfer kann durch Expertisen, Fachveranstaltungen und den Dialog mit anderen Trägern der Politischen Bildung vorangetrieben werden.

Der bap plant in den kommenden Jahren den Aufbau eines „Dialogforums Wissenschaft und Praxis“, das die Arbeitsgruppe mit begleiten wird. An den bisherigen Gesprächen zum Aufbau des Dialogforums haben sich darüber hinaus als Vertreter der Wissenschaft insbesondere Prof. Dr. Dirk Lange (Universität Hannover), Prof. Dr. Bernd Overwien und Prof. Dr. Andreas Eis (beide Universität Kassel) beteiligt.

Zurzeit arbeiten in der Arbeitsgruppe mit: Ulli Ballhausen, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten; Dr. Paul Ciupke, Bildungswerk der Humanistischen Union; Andreas Michelbrink, ver.di - Gewerkschaftspolitische Bildung; Eva Wessela, Europäische Akademie Otzenhausen; Benedikt Widmaier, Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke; Michael Glatz. Sprecher der Arbeitsgruppe ist Benedikt Widmaier; E-Mail: b.widmaier@haus-am-maiberg.de.

bap



Fachbeiträge

Ulrich Menzel

Internationale Ordnungen

1 Anarchie versus Hierarchie der Staatenwelt

Die „Anarchie der Staatenwelt“ als Konsequenz des Souveränitätsprinzips gilt als nicht weiter hinterfragbares Axiom in der Lehre von den Internationalen Beziehungen (IB). Alle Staaten stehen gleichberechtigt nebeneinander und sind keiner überstaatlichen Instanz rechenschaftspflichtig. Wie dennoch der

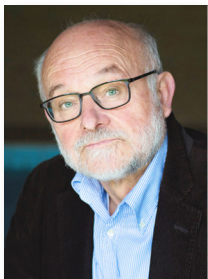
dazu die Macht und die Ressourcen fehlen. Wenn große Mächte zur Selbsthilfe greifen, führt diese zu konfliktträchtigen Konstellationen, in denen die Anarchie aufgrund diverser Dilemmata wie z.B. des Sicherheitsdilemmas weiter angefacht wird.

Um die Anarchie einzuhegen, bietet sich an, auf ein strukturalistisches Axiom der IB, die „Hierarchie der Staatenwelt“, zurückzugreifen. In der Logik des sich seit dem Westfälischen Frieden (1648) herausbildenden Westfälischen Staatenmodells, bei dem interdynastische durch internationale Beziehungen ersetzt werden, gibt es zwar keine den Staaten übergeordnete Instanz, doch sind die Staaten keineswegs gleich, sondern waren und sind in jeder Hinsicht ungleich, gleichviel ob man ihre Macht, ihren Wohlstand, ihre Bevölkerung, ihre wissenschaftlich-technische Leistungsfähigkeit, ihre Ressourcenausstattung, ihre geopolitische Lage, ihre Geschichte, ihre Kultur betrachtet. Die Staaten stehen auch übereinander und bilden eine pyramidenförmige Hierarchie. Damit besitzen sie ganz unterschiedliche Möglichkeiten, das Selbsthilfeprinzip zu verfolgen, ihre Interessen gegenüber anderen Staaten wahrzunehmen, den Bedarf nach internationalen Beziehungen zu decken, für die Ordnung der Welt zu sorgen. Dies schließt nicht aus, dass es innerhalb der Hierarchie eine Aufwärts- und Abwärtsmobilität gerade der großen Mächte gibt, die alle einem Zyklus von relativem (ggf. sogar von absolutem) Auf- und Abstieg gegenüber anderen Mächten unterworfen sind.

2 Begriffe und Idealtypen

Die beiden Varianten des Strukturalismus, die vom Axiom der Hierarchie der Staatenwelt ausgehen, lauten Hegemonie- und Imperiumstheorie. Der Unterschied ergibt sich aus der Klärung der Begriffe. Hegemonie kommt aus dem Griechischen und meint *Führung*. Imperium stammt aus dem Lateinischen und meint *Herrschaft*. Führung setzt Gefolgschaft voraus und beinhaltet Akzeptanz und Freiwilligkeit. Der Gegenbegriff zu Herrschaft lautet Knechtschaft, die auf Befehl und Gehorsam beruht. Die Hierarchie der Staatenwelt bietet in beiden Varianten die Möglichkeit, die Anarchie der Staatenwelt zu überwinden, weil die großen Mächte zu ihrer großen Zeit in der Lage sind, stellvertretend für den nicht vorhandenen Weltstaat für internationale Ordnung zu sorgen. Sie sind dazu in der Lage, weil sie über die notwendigen Ressourcen verfügen und dazu bereit, weil sie selber das größte Interesse an internationaler Ordnung haben. Würden sie diese Funktion nicht wahrnehmen, täte es keiner. Große Mächte befinden sich im klassischen Freiwilligendilemma.

Sie können sich allerdings der globalen Ordnungsfunktion verweigern, weil sie aufgrund ihrer Macht und Größe über die Alternative des Isolationismus verfügen. Insofern hängt die Frage, ob große Mächte eine internationale Ordnungsfunktion wahrnehmen, auch davon ab, ob ihre Interessen eher durch eine isolationistische oder eine internationalistische Orientierung bedient werden. Da es in der Regel eine heterogene Interessenlage



Prof. a.D. Dr. Ulrich Menzel, bis September 2015 Geschäftsführender Leiter und Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Sozialwissenschaften der TU Braunschweig.

zwischenstaatliche Regelungsbedarf bedient wird, wie trotz der Anarchie eine Ordnung der Welt zustande kommt, ist eine der grundlegenden Fragen, mit der sich die IB auseinandersetzen. Die Antworten, die Idealismus und Realismus liefern, lauten Kooperation bzw. Selbsthilfe. Die Kooperation der Staaten durch Verträge, internationale Organisationen, die normsetzenden Regeln des Völkerrechts stößt immer wieder an Grenzen, wenn es um die großen Fragen von Krieg und Frieden, Protektionismus und Freihandel, Ausbeutung und Schutz der globalen Allmende oder die neue Völkerwanderung geht. Die Selbsthilfe schließt sich für kleine Staaten aus, weil Ihnen

und Anhänger beider Positionen gibt, hängt die Wahrnehmung einer internationalen Ordnungsfunktion von den Kräfteverhältnissen im Innern ab. Gerade die USA und China bieten Beispiele für harte innenpolitische Kontroversen und radikale Kurswechsel zwischen Isolationismus und Internationalismus.

Das Außenverhalten beider Typen großer Mächte lässt sich differenzieren. Spricht man von Pax Romana, Pax Britannica, Pax Mongolica oder Pax Osmanica, meint man die pazifizierenden Aspekte des Imperiums. Auch für die Beherrschten kann es attraktiv sein, Teil eines Imperiums zu sein, weil unter dessen Schutz Rechtssicherheit und innerer Friede gewährleistet sind und Handel und Wandel gedeihen. Spricht man von tributären Imperien, steht im Vordergrund, dass die Kosten imperialer Expansion und Herrschaft den Unterworfenen in Form von Tribut auferlegt werden. Auch Hegemonie lässt sich durch die Attribute benevolent und malevolent differenzieren. Der benevolente Hegemon orientiert sich (auch) an den Interessen der Gefolgschaft, der malevolente Hegemon (nur) am Eigeninteresse. Ob große Mächte eine radikale oder eine selektive Variante des Isolationismus verfolgen, welche Variante von imperialer oder hegemonialer Politik sie praktizieren, hängt davon ab, ob sie sich in der Aufstiegs-, Zenit- oder Abstiegsphase ihres Machtzyklus befindet.

Kleine Mächte haben diese Alternativen in der Regel nicht, sind immer auf Außenorientierung, auf Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung, auf die Kooperation mit den anderen, auf die Gefolgschaft zu einem Hegemon, im Extremfall auf die Unterordnung unter ein Imperium angewiesen. Isolationismus kann nur mit hohen gesellschaftlichen Kosten erkauft werden, wie aktuelle (Nordkorea) oder historische Beispiele belegen. Selbsthilfe führt für kleine Mächte trotz hohen Aufwands zu schlechteren Politikergebnissen, es sei denn, es handelt sich um kleine Mächte, die zu ihrer großen Zeit eine außerordentliche Leistungsfähigkeit und eine sehr spezialisierte Interessenlage besitzen, die einen solchen Aufwand möglich und auch vertretbar machen.

Im historischen Verlauf lässt sich zeigen, dass die Zyklen von Auf- und Abstieg der großen Mächte sich überlappen, die idealtypisch eine Kette der großen Zeiten der großen

Mächte bilden. Deren Glieder markieren die Phasen der großen Mächte im Zenit, wenn sie ihre größte Macht entfaltet haben, ihre größte Leistungsfähigkeit und die größte Bereitschaft besitzen, für internationale Ordnung zu sorgen. Wenn die Abstiegsphase einer großen Macht sich kreuzt mit der Aufstiegsphase einer anderen, kommt es zum imperialen bzw. hegemonialen Übergang, bei dem die Ordnungsfunktion weitergereicht wird. Dieser Übergang kann friedlichen wie kriegerischen Charakter haben. Je länger die Übergangsphase dauert und je weniger friedlich sie verläuft, desto weniger kann die absteigende bzw. die aufsteigende Macht ihre Ordnungsfunktion wahrnehmen. Deshalb gibt es immer wieder Phasen, in denen die Anarchie der Staatenwelt zurückkehrt. Am Ende solcher Ausscheidungskämpfe wird die Macht, die an die Spitze aufgerückt ist, eine „neue Weltordnung“ errichten, die ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Deshalb kommt es am Ende der großen Kriege zu großen Konferenzen, die mehr sind als bloße Friedenskonferenzen, weil auf ihnen Weltordnungen verabredet werden.

3 Internationale öffentliche Güter und regionale Clubgüter

Hegemonialmächte nehmen ihre Ordnungsfunktion über die Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter mit globaler Reichweite wahr, Imperialmächte über die Bereitstellung von Clubgütern mit regionaler Reichweite. Die Gütertheorie unterscheidet Private Güter, Öffentliche Güter, Clubgüter und Allmendegüter. Diese sind definiert durch die Kriterien Rivalität und Ausschließbarkeit. Wenn man die beiden Kriterien in ihren Varianten „ja“ oder „nein“ kombiniert, ergibt sich eine Vierfeldertafel.

Die vier Güterarten

		Rivalität	
		ja	nein
Ausschließbarkeit	ja	Private Güter	Clubgüter
	nein	Allmendegüter	öffentliche Güter

Bei der Kombination Rivalität und Ausschließbarkeit handelt es sich um Private Güter. Die Flasche Milch, die jemand getrunken hat, steht einem anderen nicht mehr zur Verfügung. Hat jemand kein Geld, sie zu kaufen, ist er vom Konsum ausgeschlossen. Bereit gestellt werden Private Güter von privaten Akteuren. Regelungsinstanz ist der Markt. Bei der Kombination Nichtrivalität und Nichtausschließbarkeit handelt es sich um Öffentliche Güter. Niemand kann von der Nutzung einer Verkehrsampel ausgeschlossen werden. Die Nutzung durch den einen Verkehrsteilnehmer schmälert nicht die Nutzung durch den anderen. Bereit gestellt werden Öffentliche Güter durch den Staat, der auch die Regeln ihrer Nutzung bestimmt. Finanziert werden sie aus der Steuerleistung der Nutzer.

Liegt Ausschließbarkeit, aber keine Rivalität vor, spricht man von Clubgütern. Die Sauna eines Vereins kann nur von den Mitgliedern genutzt werden. Die Nutzung des einen Mitglieds beeinträchtigt nicht die Nutzung durch ein anderes Mitglied. Sie wird durch die Satzung des Vereins geregelt. Liegt Rivalität vor aber keine Ausschließbarkeit, handelt es sich um Allmendegüter. Sie werden von der Natur als freie Gabe bereit gestellt. Die Alm einer Talschaft kann von allen Talbauern genutzt werden. Das Gras, das das Vieh des einen Bauern gefressen hat, steht dem Vieh des anderen nicht mehr zur Verfügung. Die Verregelung von Allmendegütern basiert auf historisch gewachsenen Kollektivvereinbarungen.

Komplexer ist die Bereitstellung von internationalen Gütern. Im ersten Fall handelt es sich um internationale Unternehmen, ist der Weltmarkt die Regelungsinstanz. Im zweiten Fall müsste es analog der Weltstaat sein. An dessen Stelle tritt der Hegemon, der für Internationale Öffentliche Güter wie die Sicherheit auf den Seerouten vor Piraterie, einen Nuklearschirm, die Garantie einer liberalen Weltwirtschaftsordnung, die Funktion des letzten Kreditgebers, die Bereitstellung eines internationalen Zahlungsmittels oder eines GPS-Systems sorgt. Würde er es nicht tun, täte es keiner. Dafür kann er immerhin die Regeln der Nutzung bestimmen und vorrangig die eigenen Interessen bedienen. Alle anderen Staaten sind, anders als bei nationalen öffentlichen Gütern, Freerider oder zumindest Cheaprider, weil sie keine oder nur

geringe Beiträge zur Bereitstellung leisten. Aus dem Kalkül, eine solche Aufgabe nicht wahrnehmen zu können bzw. dafür einen außerordentlichen Aufwand bei schlechterem Ergebnis treiben zu müssen, resultiert die Akzeptanz des Hegemons.

Internationale Clubgüter werden von Imperien bereit gestellt. Da hier das Kriterium Ausschließbarkeit vorliegt, stehen sie nicht allen offen, sondern nur denjenigen, die zum „Club“ des Imperiums gehören. Insofern handelt es sich nur um Güter mit regionaler Reichweite, die an den Grenzen des Imperiums endet. Die Clubmitglieder sind keine Freerider wie die Gefolgschaft des Hegemons, sondern beherrschte Mitglieder des Imperiums und haben „Mitgliedsbeiträge“ in Form des Tributs zu errichten, der zur Finanzierung der von der imperialen Macht errichteten Ordnung verlangt wird. Die Hegemonialmacht nimmt ihre internationale Rolle aufgrund eigener überragender Leistungsfähigkeit wahr, die imperiale Macht, weil sie in der Lage ist, die Beherrschten zu substantiellen Beiträgen zu zwingen. Dennoch kann es vorteilhaft sein, zu einem Imperium zu gehören, weil es eine Gegenleistung in Form der Clubgüter offeriert. Die kollaborierende Elite der Clubmitglieder zieht aus der Mitgliedschaft zudem besondere Privilegien.

Komplex ist der Fall der internationalen Allmendegüter wie die Hohe See, die grenzüberschreitenden Flußsysteme, die Polargebiete, der Luftraum, der erdnahe Weltraum und als Grenzfall der Cyberspace. Sie werden von der Natur als freie Gabe bereit gestellt und sind für alle nutzbar. Eine kooperative Verregelung ist nur auf lokaler Ebene möglich. Insofern greift hier das idealistische Ordnungsmodell. Auf globaler Ebene ist Kooperation zur nachhaltigen Nutzung der Umwelt kaum zu erzielen, wie die mühsamen und wenig erfolgreichen Verhandlungen in der globalen Umweltpolitik deutlich machen. Die Privatisierung der Allmende, die im nationalen Rahmen praktiziert wurde (z.B. Einhegung des Gemeindelandes) ist genauso wenig praktikabel wie deren Verstaatlichung, die in den sozialistischen Ländern die Tragödie des Gemeindelandes noch verschärft hat (z.B. Austrocknen des Aralsees). Wenn aufgrund der fatalen Kombination Rivalität und Nichtausschließbarkeit Kooperation zur Verregelung der globalen Allmende so wenig Erfolge zeigt, wenn die

Selbsthilfe zur Tragödie führt, wenn das Imperium als Regelungsinstanz ausfällt, weil es sich nicht um ein Clubgut handelt, dann bleibt nur noch die Hoffnung auf den Hegemon als Ordnungsinstanz. Jedenfalls ist er als einziger in der Lage, die globalen Allmenden durch seine Flotte, seine Luftwaffe, seine Satelliten und Rechenzentren zu kontrollieren.

4 Typologische Unterschiede von Imperium und Hegemonie

Aus dieser Feststellung resultiert eine erste Unterscheidung von Land und Seemächten. Landmächte erobern Territorien und kontrollieren deren Grenzen, ggf. sogar durch besondere Befestigungen wie den Römischen Limes oder den Eisernen Vorhang. Dabei stützen sie sich auf die Armee, deren Operationsfähigkeit durch entsprechende Infrastruktur flankiert wird. Dennoch ist die Armee ein schwerfälliges Vehikel mit begrenzter Reichweite. Alle Logistik kann letztlich die Unbilden der Natur nicht überwinden.

Seemächte hingegen stützen sich auf die Flotte und überseeische Stützpunkte. Sie besetzen nicht die Fläche, sie erobern keine Räume, sondern kontrollieren, da sie auf der Hohen See operieren, die Verbindungslinien und Knoten eines Netzes. Armeen kosten viel und nützen im Frieden wenig. Flotten kosten zwar auch viel, nützen aber auch im Frieden, weil sie für die Handelsschifffahrt das internationale öffentliche Gut Sicherheit gewährleisten. Deshalb sind Hegemonialmächte immer Seemächte, weil sie eine globale Reichweite beanspruchen.

Luftmächte sind typologisch die Weiterentwicklung von Seemächten, weil sie den Luftraum kontrollieren, der sich wie die Hohe See nicht beherrschen lässt. Der Flugzeugträger ist die konsequente Hybridisierung von See- und Luftmacht. Der erdnahe Weltraum war die nächste Allmende, die ins Visier geriet, und durch Satelliten und Raumstationen kontrolliert wird. Mittlerweile gehört dazu auch der Cyberspace, der nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische Perspektiven eröffnet. Zur Kontrolle des Cyberspace ist die Vernetzung von Rechnern und Satelliten notwendig.

Eine zweite Unterscheidung leisten die Begriffe Handelsmacht und Militärmacht. Handelsmächte sind international besonders wettbewerbsfähig und können die internatio-

nale Arbeitsteilung bestimmen. Militärmächte sind militärisch besonders leistungsfähig, verfügen über eine große Armee und eine militärische Infrastruktur. Hegemonialmächte sind immer beides, Handels- und Militärmächte, weil sie überall besonders leistungsfähig sind. Imperiale Mächte können, müssen aber nicht beides sein, sind aber immer Militärmächte.

Eine dritte Unterscheidung leisten die Begriffe Hardpower und Softpower. Hardpower meint harte Macht im Sinne von militärischer und wirtschaftlicher Macht. Softpower meint zivilisatorische Ausstrahlungskraft, die sich auf die Hochkultur der Eliten wie die populäre Massenkultur erstrecken kann. Die Akzeptanz von Hegemonialmächten resultiert nicht nur aus dem rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül des Freeriders, sondern auch aus der Attraktivität, die der Konfuzianismus, die civilisation française oder der american way of life auf andere ausüben. Softpower ist für imperiale Mächte keine Bedingung, sondern nur eine Möglichkeit.

5 Die Weltordnung seit dem Zweiten Weltkrieg

Die globale Konstellation seit dem Zweiten Weltkrieg lässt sich wie folgt interpretieren: Deutschlands kurzlebiger Versuch, ein Imperium zu erobern und in Europa eine „neue Ordnung“ zu errichten, ist an der imperialen Überdehnung gescheitert, obwohl es gewalttätig und mit äußerster Brutalität versucht hat, die Ressourcen der Unterworfenen in den eigenen Dienst zu stellen. Der absteigende Hegemon Großbritannien wurde durch die deutsche imperiale Herausforderung genauso geschwächt wie das konkurrierende sowjetische Imperium. Ein paralleler Vorgang ereignete sich im asiatisch-pazifischen Raum, wo Japan nachholende Kolonialmacht und imperiale Macht werden wollte. Lachender Dritter waren auf beiden Schauplätzen die USA, die zur neuen Hegemonialmacht aufstiegen und in einer Serie von Konferenzen eine neue Weltordnung errichteten. Dazu musste der Widerstand der Isolationisten im eigenen Land überwunden werden. Die Kosten dieser Ordnung wurden von den USA anfänglich nahezu allein getragen.

Die US-Hegemonie fand ihre Grenze am Machtbereich der Sowjetunion, die ihr Imperium nach 1945 in Europa wie in Asien beträchtlich ausweiten konnte und zwischen

1957 (Sputnik-Schock) und 1962 (Kuba-Krise) eine Expansion in der damals sog. Dritten Welt verfolgte. Der Ausgang der Kuba-Krise markierte den Wendepunkt. Der Ost-West-Konflikt war ein Ausscheidungskampf zwischen US-Hegemonie und SU-Imperium, in dem sich die USA behaupten konnten, weil die Sowjetunion ihn als Imperium nur militärisch als Landmacht zu führen vermochte, während die USA in allen Dimensionen operieren konnte, weil ihr *hardpower* und *softpower* zur Verfügung standen. Die Asymmetrie des Ost-West-Konflikts versinnbildlicht nichts besser als die deutsch-deutsche Grenze. Der „Eiserne Vorhang“ war ein Grenzwall gegen den Ausbruch aus dem Imperium. Die Grenze der US-Hegemonie markierte ein bloßer Grenzpfahl.

Die Sowjetunion ist in diesem Ausscheidungskampf unterlegen, das sowjetische Imperium überstürzt auseinandergebrochen. Die Reformen Gorbatschows hatten keine

Zeit und keine Chance, sobald der Deckel der Pandora geöffnet war. Der Machtzuwachs der USA war ein relativer aufgrund des Machtverlusts des Konkurrenten. Der Fall der Mauer führte zur Ausdehnung der US-Hegemonie auf die „Clubmitglieder“ des ehemaligen sowjetischen Imperiums.

Der Wiederaufstieg Japans ist erklärbar aus der Konstellation des *Freeriders*, der seine imperialen Ambitionen aufgegeben hat und den Hegemon nur wirtschaftlich herausfordert. In diesem eindimensionalen hegemonialen Ausscheidungskampf haben die USA Blessuren davongetragen. Deshalb sprach man in den 1980er Jahren vom *american decline*. Japan konnte sich aber nicht als neue Hegemonialmacht etablieren, weil die militärische Dimension und die kulturelle Attraktivität fehlten.

Seit 1990 sind die USA erstmals in der Weltgeschichte eine wirklich globale Hegemonialmacht in allen Dimensionen, weil sie

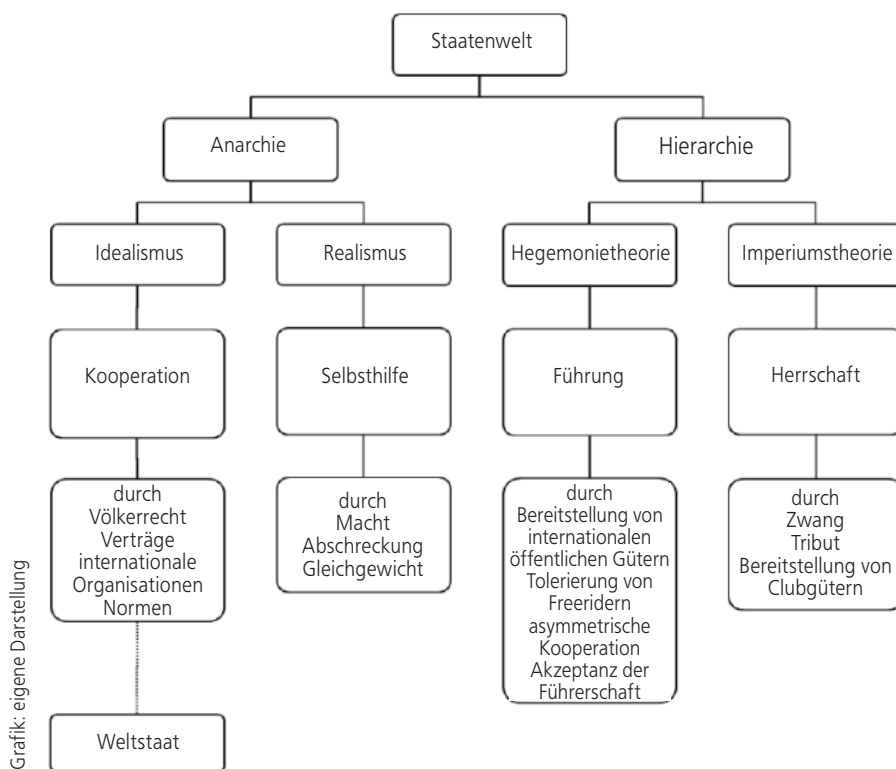
die militärische Herausforderung von Seiten der Sowjetunion wie die wirtschaftliche Herausforderung von Seiten Japans abgewehrt haben. Die USA konnten nach 1990 einen zweiten Zyklus beginnen und eine „Neue Weltordnung“ (Bush) zum Programm machen, die auf alle Dimensionen setzt, die einer Hegemonialmacht zur Verfügung stehen. Sie kontrollieren die neuen Allmenden (Weltraum, Cyberspace) und offerieren immer neue globale öffentliche Güter wie z.B. den Kampf gegen Terrorismus, Geldwäsche und organisiertes Verbrechen.

Allerdings steht der neue Herausforderer bereits in den Startblöcken. Auch China nutzt die Konstellation des *Freeriders*. Im Unterschied zu Japan beansprucht es auch die politische und militärische Komponente. Der zweite *american decline* ist die Folge. Ein hegemonialer Übergang um das Jahr 2030/35 ist denkbar. Alles hängt an der künftigen Leistungsfähigkeit der beiden Kontrahenten. China ist allerdings noch weit davon entfernt, wie die USA internationale öffentliche Güter bereitzustellen. Doch Ansätze wie die Rolle des letzten Kreditgebers dank des hohen Leistungsbilanzüberschusses gibt es bereits. Auch macht China erhebliche Anstrengungen zur Kontrolle der globalen Allmenden, wie die Indienstellung einer ersten Trägerflotte, der Bau künstlicher Inseln, das Raumfahrtprogramm oder der Versuch, eine virtuelle große Mauer zur Kontrolle des Internets zu errichten, zeigen. Nicht der chinesische Verdrängungswettbewerb, sondern die Frage, ob es China gelingt, in die eigentliche Domäne der USA, die Kontrolle der globalen Allmenden, einzudringen, entscheidet darüber, ob es in der Lage sein wird, diese als Hegemonialmacht abzulösen.

„Die Ordnung der Welt“ unter
www.ulrich-menzel.de

Literatur

Menzel, U. (2015): Die Ordnung der Welt. Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt, Berlin.



Vier Modelle internationaler Ordnung

Oliver Flügel-Martinsen

Politische Ordnung denken

Die Frage nach politischen Ordnungen schien als normative Frage, also als Frage danach, wie solche Ordnungen beschaffen sein sollten, für die nordatlantische Welt spätestens mit der Nachkriegsordnung geklärt: Das Leitbild bestand ganz augenscheinlich in einer Kombination des klassischen Nationalstaats – seit Jellinek und Weber begrifflich durch die bekannte Triade von Staatsmacht (Gewaltmonopol), Staatsgebiet und Staatsvolk ausgezeichnet – mit der seit den bürgerli-



Oliver Flügel-Martinsen, Prof. Dr., lehrt politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Bielefeld. Er forscht u.a. über ein emanzipatorisches Denken des Politischen und der Demokratie.

chen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts Stück für Stück und teils mit erheblichen Schwierigkeiten erprobten Form einer rechtsstaatlichen eingehegten repräsentativen Demokratie. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs schien sich dann auch der realsozialistische Alternativpfad als historischer Irrtum herausgestellt zu haben und es stellte sich rasch die Vision einer weltweiten Verbreitung demokratischer Rechtsstaaten des nordatlantisch repräsentativen Typus als erfüllter Traum einer friedlichen Welt liberaler Staaten ein. Dieser Traum wurde dann freilich schnell dadurch in Zweifel gezogen, dass sich die soeben noch als gleichsam selbstverständliches politisches Ordnungsmuster erscheinenden Nationalstaaten zunehmend aufzulösen schienen: Einerseits wird so unter dem Stichwort der Globalisierung seit den 1990er Jahren eine intensive Diskussion über ökonomische, soziale und kulturelle Entgrenzungsprozesse geführt, die andere politischen Ordnungsformen erforderlich zu machen scheinen. Andererseits wurde der Traum einer friedlichen Welt liberaldemokratischer Nationalstaaten in den letzten beiden Dekaden ganz brachial durch neue und sehr unübersichtliche Konfliktformen zum Zerplatzen gebracht: In vie-

len Weltregionen gehen autoritäre Staaten nämlich keineswegs, wie es die liberale Fortschrittserzählung Glauben machen wollte, in repräsentative Demokratien über, sondern lösen sich zu failed states auf, in denen Konflikte auf Dauer gestellt und politische Ordnungsstrukturen aufgelöst oder wenigstens erheblich fragil werden.

Gleichzeitig feiern die nationalstaatlichen Beharrungskräfte auch in der nordatlantischen Welt eine fragwürdige Rückkehr: Zunächst wurden die fachwissenschaftlichen wie auch die öffentlichen Diskussionen der letzten Dekaden dadurch geprägt, dass supranationale politische Ordnungsformen – das Paradebeispiel war hier stets die EU – die selbstverständliche und angemessene Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung darstellen, weil es ihnen gelingt, die Errungenschaften demokratischer Rechtsstaaten auch in die Welt jenseits des Nationalstaates hinüberzuretten. In jüngerer Zeit hingegen wird gerade das Mustergebilde der EU von rechtspopulistischen Stimmen recht erfolgreich als volksfern, bürokratisch und Eliteninteressen dienlich diffamiert, wodurch, wie sich unlängst am Beispiel des Brexit besonders eindringlich zeigte, die Zustimmung zurückzugehen scheint. Diese Entwicklungen einer populistischen Reklamation der Volkssouveränität – die in einigen EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn oder Polen unterdessen sogar zur Regierungspolitik geworden ist – sind natürlich keineswegs getrennt von den zahlreichen Konflikttherden zu denken: Das Erstarken gerade rechtspopulistischer Bewegungen, ja fraglos auch der unerwartete Erfolg der Brexitbewegung wäre ohne das instrumentalisierte Bild von Flüchtlingsströmen, die sich aus diesen Konfliktregionen in die EU-Mitgliedstaaten bewegen, kaum in der gegenwärtigen Form denkbar.

Schon diese wenigen Striche zeigen, dass die Aufgabe, politische Ordnung zu denken, keineswegs eine leichte ist. Zugleich aber tritt angesichts zahlreicher besorgniserregender Entwicklungen besonders deutlich hervor, wie wichtig es ist, mit einem hinreichenden reflexiven Abstand diese Probleme theoretisch

zu reflektieren. Das ist insbesondere deshalb notwendig, weil der Verdacht durchaus nicht von der Hand zu weisen sein dürfte, dass man auf etablierte und praktisch erprobte institutionelle Antworten nicht mehr selbstverständlich zurückgreifen kann. Auch hierzu einige Stichworte, die sich aus dem bislang Gesagten ergeben: Repräsentativ-demokratische Strukturen und insbesondere die gemäßigten Parteiensysteme unserer demokratischen Rechtsstaaten sehen sich derzeit mit einem erheblichen Vertrauensverlust konfrontiert. Es ist gegenwärtig durchaus nicht ausgeschlossen, dass rechtspopulistische Parteien, die der pluralistischen Demokratie vielfach offen den Kampf ansagen, auch in westlichen Demokratien zumindest relative Mehrheiten erreichen können, wenn man die übrigen Parteien nicht in Summe, sondern einzeln betrachtet. Sieht man einmal davon ab, dass das aus einem ganzen Bündel von Gründen alles andere als wünschenswert sein kann, da diese Gruppierungen sich vielfach durch Antipluralismus, Xenophobie, Minderheitenfeindlichkeit und Intoleranz auszeichnen, so sind die Antworten, die sie vorschlagen, analytisch betrachtet schlicht naiv: Keine der Herausforderungen, auf die ein supranationales Gebilde wie die EU eine Antwort sein sollte, ist unterdessen verschwunden; es ist gerade erschreckend einfältig, davon auszugehen, dass eine umfassende Renationalisierung, wie sie von Rechtspopulisten heute als Universallösung und als eine Rückkehr zu einer vermeintlichen volkssouveränen Selbstbestimmung propagiert wird, auch nur irgendeiner dieser Herausforderungen begegnen kann. Dass die entscheidenden Protagonisten des Brexit sich unmittelbar nach ihrem Erfolg aus dem politischen Leben verabschiedeten (Farage) bzw. versuchten, zumindest nicht die volle Verantwortung übernehmen zu müssen (Johnson), dürfte deshalb alles andere als ein Zufall sein.

Wie aber lässt sich angesichts dieser vielfältigen Entwicklungen und Problemlagen politische Ordnung denken? Die Standardantwort der politischen Philosophie des Abendlandes, die auch in den zeitgenössischen Debatten

der politischen Theorie dominant ist, besteht darin, Begründungen normativ wünschenswerter und legitimer politischer Ordnungsmodelle nachzuspüren. Diese Standardantwort hat in der politischen Theorie der letzten Dekaden im Schatten von Autoren wie John Rawls und Jürgen Habermas dazu geführt, dass politische Theorie insgesamt wesentlich als Normativitätsbegründungswissenschaft verstanden wird, also als eine Wissenschaft, die begründet, wie politische Ordnungen beschaffen sein sollten. In jüngeren Diskursen, die ihren Ausgang vom französischen Postmarxismus und Poststrukturalismus des 20. Jahrhunderts nehmen, wird aber nicht nur diese Standardantwort einer vehementen Kritik unterzogen, sondern es wird zugleich auch eine ganz andere Gesamtausrichtung der politischen Theorie gefordert. Soll politische Theorie erstens in der Lage sein, die politische Wirklichkeit analytisch adäquat zu erfassen, und soll sie zweitens kritisch in die politisch-soziale Praxis intervenieren können, dann muss es aus dieser Sicht, die sich mit ganz unterschiedlichen Positionen von heute leider immer noch zu wenig bekannten Autoren wie Claude Lefort oder Cornelius Castoriadis bis zu gegenwärtig sehr bekannten Denker_innen wie Chantal Mouffe oder Jacques Rancière verbindet, darum gehen, politische Ordnungen zu denken, indem sie einer kritischen Befragung unterzogen werden und nicht, indem über ihre ideale oder normativ legitime Form nachgedacht wird. Claude Lefort verdanken wir den nachdrücklichen Hinweis, dass politisches Denken im Zeitalter der Demokratie ein Denken unter Bedingungen der Ungewissheit ist, dass sich also gerade keine technisch-expertokratisch richtigen Antworten geben lassen, sondern sich das politische Denken als eine Form der Beteiligung am gemeinsamen Nachdenken darüber, wie unsere Gesellschaften einzurichten sind, verstehen muss. Dieses Nachdenken findet ebenso in der politischen Praxis wie in der politischen Theorie statt – und, wie es Jacques Rancière unterstreicht, ein politisches Denken, das nach festen Lösungen sucht, statt die Praxis kritisch zu reflektieren, versucht im Grunde Schluss mit der Politik zu machen. Eine Demokratietheorie, die nicht die bestehenden Formen demokratischer Herrschaft kritisch befragt, sondern die stattdessen versucht, ein bestimmtes Modell von Demokratie zu

begründen, wäre demnach gerade nicht demokratisch, sondern postdemokratisch, weil sie die demokratische Praxis des Streits über die gemeinsame Einrichtung der Welt nicht zu befördern, sondern zu beenden sucht.

Um diesen anderen Typ politischen Denkens zu verstehen, ist es wesentlich, die grundlegend gesellschaftstheoretische Ausrichtung dieses Denkens zu erfassen: Politische Ordnungen sind nämlich so betrachtet nicht einfach eine gesellschaftliche Dimension neben anderen, sondern das Politische erscheint als ein Modus der Welterschöpfung und politische Theorie wird zur Gesellschaftstheorie. Eine solche politische Theorie, die sich, wie gesagt, in den Theoriedebatten der Gegenwart mit unterschiedlichen Akzentsetzungen und zum Teil auch mit erheblichen Differenzen etwa bei Jacques Rancière und Chantal Mouffe findet, wird aber keineswegs zu einer abstrakten Theorieübung. Wie sich am oben schon einmal angesprochenen Populismusbeispiel gut verdeutlichen lässt, sind solche Versuche, politische Ordnungen zu denken, im Gegenteil geradezu von augenöffnender diagnostischer Kraft.

Anders als gegenwärtig vielfach zu lesen, ist der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen nämlich nicht einfach ein kurzfristiges Ergebnis der jüngeren Flüchtlingswellen. Sicherlich wäre etwa das Erstarken der AfD in Deutschland kaum ohne die Flüchtlingszahlen des vergangenen Jahres zu erklären, die diese rücksichtslos für ihre politischen Zwecke ausbeutet. Es gibt aber tieferliegende Gründe und diese sind viel beunruhigender, weil sie nicht auf ein einzelnes Ereignis, das rechtspopulistisch instrumentalisiert wird, hinweisen, sondern auf einen tiefergehenden Zustand der politischen Kultur und der politischen Ordnungen unserer Gegenwartsgesellschaften. Hier zeigt sich die analytische und kritische Kraft dieses anderen Denkens des Politischen, denn die Gründe für den Erfolg von Rechtspopulisten lassen sich nicht im liberalen konsensorientierten Mainstream politischen Denkens auffinden; dieser ist, wie auch die konsensorientierte offizielle parteipolitische Arena, eher ein wesentlicher Teil des Problems.

Das Problem, auf das Rancière oder Mouffe in ihren Schriften schon seit den 1990er Jahren hinweisen, besteht darin, dass sich in den politischen Arenen westlicher Demokratien

als ausgesprochen fragwürdige Reaktion auf wirtschaftliche Globalisierungsprozesse ein Notwendigkeits- und Konsensdiskurs hegemonial etabliert hat, der den Streit um politische Alternativen wirkmächtig aus dem öffentlichen Diskurs verbannen konnte. Von den neoliberalen Reformpolitiken der 1990er und 2000er Jahre, die die westlichen Demokratien fit für die globalen Herausforderungen machen sollten, bis hin zum Umgang mit der Finanzkrise der letzten Jahre hat sich eine einzige Erzählung an die Stelle des politischen Dissenses über den angemessenen Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen gesetzt: Das dominante Narrativ ist seither das von unabwendbaren Notwendigkeiten, mit denen wir uns konfrontiert sehen und über deren technische Bewältigung allenfalls noch zu diskutieren ist, die aber, so das Leitmotiv, keinen Raum mehr für politische Alternativen lassen. Es ist dieser Zustand, den etwa Rancière als Post-Demokratie bezeichnet. Er zeichnet sich dadurch aus, dass formal alle Merkmale der (repräsentativen) Demokratie bestehen bleiben, während Politik im engeren Sinne, also Politik als ein Streit über die Einrichtung unserer politischen Ordnungen zum Verschwinden gebracht wird. Wo wirtschaftliche Notwendigkeiten so übermächtig gezeichnet werden, dass sie nur noch technisch-sachliche Expertendiskussionen, aber keinen politischen Streit um unterschiedliche Wege mehr zulassen, wo sich demnach ein gleichsam unhinterfragbarer Beschreibungskonsens etabliert, ist für Politik als Weltgestaltung kein Raum mehr.

Es ist genau diese Situation, in der sich rechtspopulistische und – denn wir sollten es keineswegs verniedlichen – rechtsextremistische politische Akteure als die vermeintlich einzigen inszenieren können, die den herrschenden Konsens in Frage stellen und so die Wiederkehr von Politik versprechen können. Mögen ihre Renationalisierungsphantasmen realistisch betrachtet naiv, in sich widersprüchlich, normativ empörend, kurz im Ganzen geradezu erbärmlich sein – wir können nicht länger von der Hand weisen, dass ihr Gestus einer Aufkündigung der politischen Konsenskultur und einer Abkehr vom politischen Establishment in einem erschreckend hohen Maße Wählerstimmen zu mobilisieren vermag. Von der AfD in Deutschland über den Front National in Frankreich bis zu

Donald Trump in den USA – überall setzen rechtspopulistische politische Akteure derzeit erschreckend erfolgreich auf die Karte, nicht zum etablierten Parteiensystem zu gehören und daher eine vorgeblich ehrliche, frische und bürgernahe Politik anbieten zu können.

Besonders fatal ist dabei, dass die übrigen Parteien durch die sich in der Folge verschie-benden Mehrheitsverhältnisse auf die schein-bar einzig verbleibende Option eines erneu-ten Konsenses zurückgeworfen werden. Um hier keine Unklarheit aufkommen zu lassen: Die gemeinsame und parteiübergreifende Ablehnung einer Kooperation mit Rechtspo-pulisten ist unerlässlich. Ebenso wichtig aber ist es, den politischen Streit um Alternativen wieder in die unterschiedlichen Räume des öffentlichen politischen Diskurses einzufüh-ren. Dem stehen aber die neoliberale Erzäh-lung einer Politik der Notwendigkeit und die von ihr aus weiterhin energisch betriebenen neoliberalen Umbauten in ganz unterschiedli-chen gesellschaftlichen Bereichen entgegen. Die amerikanische politische Theoretikerin Wendy Brown hat unlängst in ihrem Buch *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört* (Berlin: Suhr-kamp 2015) zu Recht darauf hingewiesen, dass eine fortschreitende Ökonomisierung sämtlicher sozialer Sphären der Möglichkeit einer kritischen demokratischen Bürgerschaft die Grundlagen entzieht. Wo die ökonomi-sche Logik einer Steigerung von Humankapi-tal dominant wird, verschwindet die Reflexion über Alternativen und mit ihr der politische Streit um die Einrichtung unserer Welt. Es ist dringend geboten, diesen Streit wiederzuer-öffnen. Der politische Kampf gegen rechts-populistische Parteien muss daher an ver-schiedenen Punkten ansetzen und kann sich nicht auf eine gemeinsame Ablehnung und Entlarvung ihrer antipluralistischen, intoleran-ten und menschenverachtenden Positionen beschränken. Einer der ersten Schritte muss eine scharfe Kritik der neoliberalen Rationa-lität sein.

Genau das wird durch ein politisches Den-ken ermöglicht, das politische Ordnungen als kontingente Gebilde versteht, die keine fes-ten Gestalt haben, die sich vom philosophi-schen Lehrstuhl aus begründen ließe. Dann nämlich lässt sich Politik als Weltgestaltung begreifen – und das bedeutet auch, den Streit um politische Ordnungen ins Zentrum politi-

scher Praxis zu stellen. Dieser Streit muss da-bei keineswegs zu einem destabilisierenden Dauerphänomen werden. Seine Möglichkeit durch die Suggestion einer Konsenspolitik aus der Welt zu schaffen, führt aber zu nachhalti-gen Beschädigungen demokratischen Selbst-regierens und treibt, wie sich gerade auf erschreckende Weise beobachten lässt, immer mehr Menschen in die Arme von Rechtspo-pulisten. Fragt man sich nun, ob nicht auch die rechtspopulistischen Bewegungen einen legitimen Streit um die Einrichtung politischer Ordnungen führen, dann lässt sich das klar verneinen, ohne dass man dazu zu starken Begründungsfiguren zurückkehren muss: Versteht man Demokratie im Sinne Leforts oder auch Rancières als offenen Streit um die politische Ordnung, wozu auch gehört, dass die Beteiligungsmöglichkeit an diesem Streit eine offene sein muss, zeigt sich sehr rasch, dass die xenophoben und antipluralistischen Exklusions- und Schließungsforderungen der rechtspopulistischen Bewegungen auf etwas deutlich anderes als eine demokratische Aus-einandersetzung um die Einrichtung unserer sozialen und politischen Welt hinauslaufen. Selbstverständlich ist dabei auch der Begriff des Volkes als ein deutungsoffener zu verste-hen, denn eine offene Idee der Demokratie zieht auch einen offenen Begriff des Vol-kes mit sich. Kein Volk ist je mit sich selbst identisch: Das gilt für pluralistische Einwan-derungsgesellschaften zumal. Es ist daher höchste Zeit, den Streit um die Einrichtung unserer politischen Ordnungen erneut zu führen – und dabei deutlich zu machen, dass das, was die neuen Rechtspopulisten in den politischen Diskurs unserer Demokratien tra-gen, nicht eine bürgernahe Alternative oder gar eine Rückkehr zur Volkssouveränität, son-dern eine fremdenfeindliche und intolerante Verengung des Begriffs des demokratischen Volkes ist.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung



Politik wagen

Ein Argumentationstraining

Wenn man populistischen Äußerungen et-was entgegensetzen will, sollte man sich nicht selbst platter Parolen bedienen. Es gilt, mit Verstand und guten Argumenten für eine demokratische politische Kultur zu streiten. Dieses Argumentationstraining hilft, die eigene politische Urteilsfähigkeit weiterzuentwickeln und die individuelle po-litische Handlungsfähigkeit zu stärken.

Die Autoren greifen Stammtischparolen auf, ergründen die dahinter liegenden Ent-täuschungen, Frustrationen sowie die da-mit verbundene Wut und zeigen mögliche Wege zu einem höheren Diskussionsniveau über Politik und Politiker auf.

Autoren: Christian Boeser-Schnebel,
Klaus-Peter Hufer, Karin Schnebel,
Florian Wenzel

ISBN 978-3-7344-0162-6,
160 S., € 12,80

Adolf-Damaschke-Str. 10 • 65824 Schwalbach/Ts. •
Tel.: 06196 / 8 60 65 • Fax: 06196 / 8 60 60 •
www.wochenschau-verlag.de

Werner Friedrichs

Macht(-)Ordnung (!)

Über den didaktisch-methodischen Wert der Thematisierung von Ordnungsmechanismen

Das Fachkonzept gesellschaftlicher Ordnung stellt eine zentrale Orientierung für die politische Bildung dar. Erst wenn Schülerinnen und Schüler die alltäglich *gegebenen* Zusammenhänge auch als Ausdruck einer spezifischen Ordnung wahrnehmen, können sie überhaupt einen politischen Gegenstand als eben solchen ausmachen. Gegenstände, Zustände, Sachverhalte oder Zusammenhänge erscheinen dann nicht mehr in einer allgemein-weltlichen Seinsweise, sondern im Kontext einer ausgemachten Ordnung auf eine besondere Weise gegeben. Ein Ordnungskonzept weist Ereignissen und Sachverhalten bestimmte Standorte, Reichweiten, Funktionen oder Folgen zu.¹ So variiert die Bedeutung von Demonstrationen, der Relation Mann-Frau oder einer ökonomischen Krise in Abhängigkeit vom kontextualisierenden politischen Ordnungssystem. D.h. ohne die Eingebundenheit in eine Ordnung gäbe es keinen politischen Gegenstand – der an-sich-politisch-seiende Gegenstand ist gar nicht denkbar.

Daraus ergibt sich umstandslos: Wenn das Ziel politischer Bildung in der Erreichung einer Demokratiekompetenz besteht und dies eine Wahrnehmungs-, Analyse- und Urteilskompetenz einschließt, ist eine (mindestens implizite) Aufarbeitung von Ordnungskonzepten unabdinglich. Nur so können Zusammenhänge in ihrer politischen Spezifik und Historizität analysiert und hinsichtlich möglicher Kontingenzen und damit zusammenhängenden Handlungsräumen erschlossen werden. In der Regel werden Ordnungskonzeptionen über die Analyse und den Vergleich politischer Herrschaftssysteme thematisiert, d. h. die politische Ordnung steht für unterschiedliche Ausprägungen von Systemen der Machtorganisation. Dabei spielen Aspekte wie beteiligte Akteure, verteilte und akkumulierte Funktionen oder normative Ausrichtung eine Rolle. In den Blick geraten dabei üblicherweise totalitäre, autokratische und demokratische Systeme – im Allgemeinen als

Staatsformen –, die kriterienorientiert verglichen und analysiert werden.

Den Edukanden erscheint in diesem Zugschnitt die Demokratie insbesondere gegenüber totalitären Ordnungssystemen als das normativ rationalste und nachhaltig stabilste System, das den besten Ausgleich zwischen individuellen Interessen und allgemeinen Anforderungen verspricht. Letzteres wird auf der Folie der Unterscheidung zwischen Sein und Sollen, Idee und Wirklichkeit gesondert geprüft. Die Einsicht in die Idee einer gerechten demokratischen Ordnungskonzeption hilft Abweichungen zu erkennen und sich gegebenenfalls an der Umsetzung demokratischer Versprechen zu beteiligen. Allerdings lassen sich in der Wahrnehmung der demokratischen Ordnung immer wieder Verzerrungen beobachten. So erscheint erstens die Demokratie als Produkt einer historischen Konstitution, die jetzt in ihrem Bestand *gegeben* sei und sich zweitens als fortschrittlicheres System bewährt habe – insbesondere in der als überstanden geglaubten Systemkonkurrenz zwischen Ost und West. Jene Überlegenheit ergebe sich drittens insbesondere aus der Ermöglichung maximaler Freiheitsgrade für die Gestaltung des individuellen Lebens – in demokratischen Gesellschaften seien die Entfaltungsmöglichkeiten in puncto Meinungs- und Äußerungsfreiheit nur noch durch die Verletzlichkeit des Anderen begrenzt.

Solche Konzepte festigen sich unter anderem dadurch, dass das Verständnis der politischen Ordnung vor allem aus einem horizontalen Vergleich heraus mit anderen Ordnungstypen erarbeitet wird. Übersehen wird eine vertikale Dimension, in der unterschiedliche Mechanismen sichtbar werden, die zu einer Entstehung von Ordnung führen bzw. beitragen. In dieser Dimension macht es einen Unterschied, ob die demokratische Ordnung aus einer kontraktualistischen Perspektive als System vernünftiger Institutionen betrachtet wird, das auf einem expliziten Gründungsakt

beruht, oder ob man sie als fragiles Produkt einer gesellschaftlichen Dynamik betrachtet. Mit Hilfe einer solchen vertikalen Ordnungsdimension kann verdeutlicht werden, dass die demokratische Ordnung nicht nur eine institutionelle Übereinkunft ist, deren Logik vom Volke getragen wird und somit rational einsichtig gemacht werden muss, sondern dass die politische Ordnung immer auch ein momenthaftes Ergebnis dynamischer Prozesse

Dr. Werner Friedrichs leitet die Fachvertretung der Didaktik der Sozialkunde an der Universität Bamberg. Zuvor forschte er an verschiedenen Universitäten zu den Grundlagen politischer Bildung und war zuletzt Fachleiter am Studien-seminar Celle.



ist, dass die vielgelobte individuelle Freiheit auch als ein Machteffekt eines strukturellen Zusammenhangs gelesen werden kann. Gerade die letzte Lesart markiert eine deutliche Abgrenzung gegen eine Denkgewohnheit, nach der Ordnungen immer der Ebene individueller Existenz nachgeordnet sind – klassisch formuliert in der Hobbesschen Figur des Leviathan. Dagegen lässt sich gerade aus handlungstheoretischer Perspektive zeigen, dass ein Mindestmaß sozialer Ordnung schon vor der Ausprägung individueller Interessen angenommen werden kann (vgl. z. B. Joas 1992).

Der didaktische Zugewinn, politische Ordnungen hinsichtlich unterschiedlicher Hervorbringungsmechanismen zu thematisieren, besteht darin, dass die Ordnung demokratischer Gesellschaften ihrer selbstverständlichen Gegebenheit enthoben wird und eine explizitere Idee gesellschaftlicher Dynamiken entwickelt werden kann. Auf diese Weise wird deutlich, dass Ordnungen vielschichtiger sind als es in einer Veranschaulichung an Hand von Staatsformen zum Ausdruck kommt. Von besonderem Interesse ist dabei, dass die Be-

schaffenheit politischer Sachverhalte bzw. die Eigenheiten politischer Gegenstände nicht jenseits von Ordnungssystemen bestehen. Ein politischer Gegenstand erhält Eigenschaften innerhalb einer anordnenden Metrik.

D. h. auch, dass es aus der Sicht politischer Bildung nicht darum gehen kann, eine vollständige Typologie im fachwissenschaftlichen Sinne zu entwickeln und in die curricularen Register einzutragen, denn eine solche Typologie hätte eher lexikalischen Wert. Vielmehr wären unterschiedliche Formate so zu rekonstruieren, dass sie den Zielen Politischer Bildung entsprechen. So lässt sich die bereits genannte Demokratiekompetenz im Sinne eines aktiven bürgerschaftlichen Engagements dadurch fördern, dass die eigene Situation trefflich und multidimensional analysiert wird. Hinsichtlich einer solchen Orientierung lassen sich unterschiedliche Fragen verdichten. „Welche Rechte und Pflichten habe ich in einer gegebenen politischen Ordnung?“ (1), „Welche Folgen hat mein Handeln in einer politischen Ordnung?“ (2), „Welche Position wird mir innerhalb einer politischen Ordnung zugewiesen bzw. welche Möglichkeiten und Grenzen meines Handelns könnten sichtbar werden?“ (3).

Diesen drei Fragerichtungen lassen sich drei Arten, die Entstehung von Ordnung zu denken, zuordnen. Die demokratische Ord-

nung kann als rechtstaatlich verfasst und institutionell explizit konstituiert, aus einem prinzipiell vernunftgeleiteten Prozess heraus begründet, gedacht werden (ad 1). Ebenfalls kann die demokratische Ordnung als Ergebnis eines dynamischen Prozesses modelliert werden, worin die demokratischen Institutionen eher als Epiphänomene einer auf Dauer gestellten gesellschaftlichen Selbstkonstitution erscheinen (ad 2). Schließlich kann die demokratische Ordnung als umspült bzw. unterlaufen von einer omnipräsenten diskursiven Machtlogik gedacht werden, die die demokratische Ordnung gleichzeitig aus sich heraus setzt (ad 3). Es lassen sich allen drei Richtungen sozialwissenschaftliche Zugriffe zuordnen, die im Folgenden kurz dargestellt seien.

Der ersten Lesart gesellschaftlicher Ordnungen entspricht eine institutionentheoretische Sichtweise. Die politische Ordnung korreliert hiernach mit den Vermessungen und Funktionen der politischen Institutionen. In die Begründung der institutionellen Konstitution werden u. a. funktionalistische, kontraktualistische, normative oder gar anthropologische Argumente eingeflochten. Am Ausgang der Durchmessung dieser Ordnungsform steht eine rationale Logik: Die Ordnung ist begründbar und wird an ihrem Beitrag zur Lösung von Grund- bzw. Ausgangsproble-

men gemessen. Auch wenn dabei eine historische Varianz der Ausprägungen unterstellt wird, ist der Fluchtpunkt die vernünftige institutionelle Ordnung. Das impliziert selbstverständlich nicht, dass der Staat in Hegelscher Manier in Form einer materiell gewordenen Instanz als zu sich selbst gekommene Vernunft verabsolutiert werden muss. Vielmehr kann die konstituierte politische Ordnung auf der Grundlage der Unterscheidung zwischen der Geltung normativer Grundsätze und der Faktizität spezifischer Verhältnisse immer wieder hinsichtlich ihrer Eignung befragt werden. In einer solchen Hermeneutik politischer Institutionen werden transzendentaltheoretische Argumente ebenso zugelassen wie kontrafaktische Unterstellungen. Es geht immer darum, an einem vernünftigen Kern festzuhalten, auch wenn empirische Befunde und Phänomene aus dem politischen Betrieb zeitweise demokratische Grundsätze zu unterlaufen scheinen. In der formalen politischen Bildung wird dieser Ordnungstyp in der Regel am ausführlichsten berücksichtigt. Es wird zumeist der rationale Kern der institutionellen Konstitution rekonstruiert, mögliche systematische Problemfelder analysiert und empirische Umsetzungen überprüft. Es geht um Begründen, Hinterfragen und rationales Nachvollziehen.

Die zweite Lesart politischer Ordnung findet in der überwiegenden Mehrzahl der einschlägigen Ausarbeitungen in der politischen Bildung höchstens implizit Berücksichtigung. Hier wird davon ausgegangen, dass die entstandene Ordnung aus keinem expliziten Masterplan oder einem planvollen rationalen (Meta)Handeln hervorgegangen ist. Vielmehr ist sie aus einer systemischen bzw. kollektiven Dynamik hervorgegangen. In dieser Lesart der Ordnungsgenese gehen jedwede Strukturen immer aus einem dynamischen Zusammenhang hervor. Ordnung wird dabei als ein letztlich emergentes Phänomen verstanden. Das Zusammenspiel von Akteuren oder Elementen eines Systems mit seinen Rekursionen, Wiederholungen, Anschlusswahrscheinlichkeiten, Rückkopplungen, Verstärkungseffekten, Bifurkationen, Entsprechungen, Eigenwerten usw. setzt aus sich Muster, Figuren und Strukturen heraus. Eine sinnfällige Bezeichnung dieser Hervorbringungsart stammt vom Kybernetiker Heinz v. Foerster, der dieses Prinzip das *order-from-noise-prin-*



Die Ordnung des Alltags ist immer auch als „politisch“ zu verstehen und genau darin Ergebnis von spezifischen Hervorbringungsmechanismen.

ciple nannte. Ordnungen entstehen demnach als spontane Strukturen aus einem Rauschen, einer verteilten Bewegung von Einzelelementen. Die Ordnungen sind höchstwirksam, allerdings nicht dauerhaft stabil im Sinne von starr, d. h. sie müssen stetig erneuert werden und unterliegen dabei beständigen Verschiebungen und Veränderungen. Konkret lässt sich dies in einer Logik kollektiven Handels modellieren, die letztlich aus aggregierten Einzelhandlungen hervorgeht. Beobachten lässt sich dabei, sowohl empirisch auch als auch in einschlägigen Modellen, dass dabei Teilordnungen entstehen, die mitunter einem allgemein proklamierten Interesse entgegenstehen, die kontraintuitive Effekte zeitigen oder subversiv in ihrer Anlage sind. Modelle lassen sich mit Schwerpunkten auf der systematischen Ebene oder ausgehend von der Akteursebene bilden. Didaktisch-methodisch lässt sich diese Ebene mit Hilfe von Modellierungsprogrammen aufarbeiten. Für die Schülerinnen und Schüler ginge es darum, zu erkennen, dass Bestandteilen und -elementen einer Ordnung ob ihrer Funktion für das Gesamtsystem eine bestimmte Macht zukommt – möglicherweise sogar unabhängig von ihrer formalrechtlichen Eingebundenheit. In der Rekonstruktion bestimmter Ausschnitte einer solchen Ordnungsdynamik wird außerdem sichtbar, dass Ereignisse Folgen haben, die mitunter nicht vorherbestimmbar sind, dass Handlungsoptionen unabhängig von ihrer formalen Eingebundenheit in ein System bestehen könnten, d. h. für die Partizipations-ebene, dass es auch wirksame Folgen von Handlungen jenseits formaler Beteiligungsmöglichkeiten gibt.

Die dritte Lesart politischer Ordnung lässt sich letztlich als ein Konglomerat unterschiedlicher Diskussionsstränge auffassen. Ordnung kann als ein Effekt diskursiver Praxen gelesen werden. Bei den diskursiven Praxen handelt es sich nicht um explizite Übereinkünfte etwa hinsichtlich der Redeordnungen, sondern um implizite Gebrauchsweisen, die sich über ihre beständige Wiederholung verstetigen. Dabei wird eine „Mikrophysik der Macht“ (Foucault 1977) wirksam, durch die Wahrnehmungsweisen (Epistemologien), Handlungs- und Artikulationsräume, Verortungen von Gegenständen, Positionen und Ereignisse festgelegt werden. Im Unterschied zur ersten expliziten Ordnungsform wirken diskursive Praxen impli-

Heuristik	Ordnungsmetrik	Struktur	Methodik
Zusammenhänge begründen, Geltungsbereiche analysieren und bewerten	rational-vernünftig, konstitutiv, explizit,	Explizite konstitutive Formen, Macht an Stellung im System gebunden; (tendenziell stabil)	logische Erfassung (Concept Maps; Diagramme etc.), Typologien erstellen.
Funktionen erfassen, Folgen abschätzen	spontan; emergent, evolutionär;	Macht an Funktion gebunden dezentral; verteilt; heterarchisch (tendenziell instabil)	Phänomenologische Erfassung und Modellierung der Ordnungsdynamik (imodeler)
Zusammenhänge rekonstruieren (Diskursanalyse), Sichtbarmachen impliziter Praxen	Polizeiliche Ordnung; Reglementierung. Unsichtbar, implizit	Macht omnipräsent und dezentriert, umfassend	Unterbrechen; Ästhetische Methoden der Darstellung (Kollagen, Performenzen etc.)

zit im Sinne von ermöglichend, d. h. transzendental: sie ermöglichen erst bestimmte Sichtweisen, legen sie damit in ihrer Modalität fest. Diese Lesart ist hegemonietheoretisch noch einmal zugespitzt worden. So bildeten sich in den diskursiven Feldern, die letztlich unter der Ordnung liegen, bestimmte hegemoniale Orte, die diese diskursiven Praxen ausrichten. Damit wird die ordnungsbildende Funktion von Diskursen noch einmal explizit. Alltagspraxen lassen sich nicht als kultureller Überbau bestehender manifester Strukturen begreifen, sondern wirken über ihre hegemoniale Ausrichtung auf Ordnungen ein. Die Bedeutung, der Gebrauch, die Einbindung, die Ausrichtung etwa von Partizipation ist wirksamer und entscheidender als ihre formale Stellung. Diesem Aufriss unterliegt eine in den letzten Jahrzehnten intensiv geführte Debatte um die Unterscheidung zwischen „der Politik“ und „dem Politischen“. „Die Politik“ steht dabei – in unverletzbarer Kürze formuliert – für die institutionell gefasste politische Ordnung, wie sie weiter oben in der ersten Lesart nachgezeichnet ist. „Das Politische“ steht für einen Moment, der sich unter der Politik befindet, der Zonen ausmacht, in denen sich der seltsame Grund des Zusammenlebens mit seiner Unbestimmtheit mischt. Dass die Demokratie nicht für ihre eigenen Grundlagen sorgen kann (vgl. nach wie vor das Diktum von Bockenförde 1976), sondern in einem gewissen Sinne grund(-)los ist, wird durch den

Begriff des Politischen markiert. D. h. die Ordnung wird im Unterschied zur Nichtordnung an den Stellen der Unbestimmtheit, der Unklarheit, des Überschüssigen, der Ausschlüsse usw. sichtbar. Für die politische Bildung wäre es fruchtbar, genau diese Momente aufzuspüren, sie zu befragen, sie mit Alternativen zu konfrontieren. Die politische Ordnung wird hier in ihrer Vermessung und Figuration des Alltags sichtbar, wenn sie mit Alternativen, Unterbrechungen und kreativen Strategien konfrontiert wird; es werden die als Routinen verkleideten Alltagsnormierungen und Einrichtungen in ihrer ordnenden Funktion sichtbar. *Macht(-)Ordnung(!)* kann in diesem Sinne genau heißen, die Ordnung der Alltagsmacht auszusetzen, zu unterbrechen etc. und sie dadurch einsichtig zu machen.

Anmerkung

¹ Es soll an dieser Stelle explizit nicht diskutiert werden, ob ein solches Ordnungskonzept ein Basiskonzept darstellt. Mit Bezug auf die bisherige Diskussion ist gut vorstellbar, dass sich aus den Basiskonzepten „System“, „Wandel“, „Macht“ und „Grundorientierungen“ (vgl. Autorengruppe, S. 170) ein „Metabasiskonzept Ordnung“ erwächst.

Literatur

- Bockenförde, E. (1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt am Main.
 Foucault, M. (1977): Mikrophysik der Macht: Über Strafrecht, Psychiatrie und Medizin. Berlin.

Jons H. (1992): Die Kreativität des Handels, Frankfurt am Main.

„Wirtschaft“ ist politisch!

Die Wirtschaftsordnung und ihre Zusammenhänge

„Die Schülerinnen und Schüler erörtern Grenzen und Möglichkeiten staatlichen Handelns in der sozialen Marktwirtschaft“ (Niedersächsisches Kultusministerium 2015, 16). Dieses Unterrichtsziel, das sich in dem zum Schuljahr 2015/2016 an niedersächsischen Gymnasien für das Unterrichtsfach ‚Politik-Wirtschaft‘ im Sekundarbereich I eingeführten Lehrplan

Denken der Mainstream-Ökonomik adaptiert. Da die Vertreter einer entsprechenden Wirtschaftsdidaktik die Forderung eines um andere Formen des gesellschaftlichen Lernens kontextualisierten ökonomischen Lernens vehement ablehnen, bildet eine ökonomistische Weltsicht den Ausgangs- und Endpunkt eines dergestalt strukturierten Unterrichts (dazu ausführlich: Haarmann 2015, 47-59).

Anhand der Wirtschaftsordnung wird besonders deutlich, dass ein didaktischer Ansatz, der ‚ökonomische Perspektivität‘ zum Leitbild der didaktischen Strukturierung erhebt, an den Aufgaben von schulischer Allgemeinbildung scheitert. Denn die Wirtschaftsordnung spiegelt die politische Dimension von Wirtschaft wider und veranschaulicht, dass die Wirtschaft einer reflektierten politischen Gestaltung durch die demokratische Gesellschaft bedarf. Von dieser Einsicht ausgehend sind die eklatanten Defizite einer Separierung von ökonomischer Perspektivität offensichtlich.

Der zu drei Thesen über den Charakter von Wirtschaft im Allgemeinen und der Wirtschaftsordnung im Besonderen verdichtete Beitrag fasst wesentliche Erträge der Dissertationsschrift ‚Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein‘ (Haarmann 2015) zusammen. Jede These ist unter didaktische Vermittlungsabsicht gestellt. Ergänzt wird der Beitrag durch eine pointierte Darstellung der theoretischen Bezüge der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘. Dabei zeigt sich: Eine Separierung und Verabsolutierung von ökonomischer Perspektivität widerspricht nicht nur dem Demokratie-Auftrag von Schule, sondern auch den Prämissen dieses viel zitierten ordnungspolitischen Leitbilds.

These 1: Wirtschaft ist politisch und bedarf politischer Regeln!

Wenn von der Wirtschaftsordnung gesprochen wird, ist damit die real existierende Ordnung eines politisch definierten Wirtschaftsgebiets gemeint. Die Wirtschaftsordnung repräsentiert also die Gesamtheit der Normen und Institutionen, die für das wirtschaftliche

Handeln innerhalb einer Volkswirtschaft oder eines Staatenverbundes maßgeblich sind. Als komplexes Regel- und Institutionengefüge veranschaulicht die Wirtschaftsordnung, dass Wirtschaft eine politische Gestaltungsaufgabe ist. Ausgehend von wenigen, aber grundlegenden Überlegungen zum Charakter einer Wirtschaftsordnung wird deutlich, warum sich Wirtschaft nicht apolitisch verstanden lässt:

Wirtschaft wird deshalb politisch gestaltet, weil sie einen Raum von elementaren menschlichen Interessen berührt – denn um nichts anderes handelt es sich bei ökonomischen Bedürfnissen. Damit in einem komplexen und weitgehend anonymisierten Wirtschaftsprozess in nennenswertem Umfang wirtschaftliche Interaktionen stattfinden, bedarf es Vertrauen – und zwar ebenso in die Rahmenbedingungen, wie in die Verlässlichkeit der anderen Wirtschaftsakteure. Dieses Vertrauen wird in modernen, hochgradig arbeitsteilig organisierten Volkswirtschaften wesentlich politisch hergestellt, indem verbindliche Regelungen und Normen für das wirtschaftliche Handeln durchgesetzt sowie geeignete Institutionen geschaffen werden, die dafür verantwortlich sind, dass der Wirtschaftsprozess innerhalb der politisch definierten Strukturen abläuft. Die politische Regelungsbedürftigkeit von Wirtschaft ist eine Tatsache, die unabhängig von der (politischen!) Entscheidung über die grundlegenden Planungs- und Lenkungsformen (Marktwirtschaft oder Zentralverwaltungswirtschaft) besteht. Das Extrem einer ‚freien‘ Marktwirtschaft etwa mag zwar in Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre (sowie einigen Lehrplänen und Schulbüchern) als eine autonome, ‚natürliche‘ Ordnung erscheinen – dann aber wird der Blick auf sie ideologisch verstellt. Schließlich ruht jede Marktwirtschaft auf einem Fundament politischer Regelungen und Voraussetzungen – z. B. der Durchsetzung von Privateigentum (dessen Inhalt zudem politisch definiert werden muss), der Garantie von Berufs-, Gewerbe-, Vereini-



Dr. Moritz Peter Haarmann ist ausgebildeter Lehrer für Wirtschaft und Geschichte, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie der Universität Hannover, Geschäftsführer der DVPB und Redakteur der POLIS.

findet, verdeutlicht exemplarisch eine bemerkenswerte Entdemokratisierung gesellschaftlicher Diskurse. Dass eine entsprechende ‚Kompetenzformulierung‘ in Verbindung mit dem einseitigen Verständnis der Wirtschaftsordnung als „ökonomisches Fachkonzept“ (ebd., 18) für den Gegenstandsbereich „Verfassungsprinzipien und Wirtschaftsordnung“ Eingang in ein schulisches Curriculum erhält, spiegelt eine Ökonomisierung gesellschaftlicher Diskurse wider: Die Politik wird auf die Handlungsräume beschränkt, die ihr scheinbar feststehende ökonomische Logiken zu lassen scheinen. Der verstorbene Publizist Frank Schirrmacher umschrieb eine entsprechende Überlagerung demokratischer Gesellschaften durch behauptete ökonomische Zwänge als „ökonomischen Imperialismus“ (Schirrmacher 2013, 30).

In Schule und Unterricht äußert sich dieser ‚ökonomische Imperialismus‘ u. a. in der didaktischen Strukturierung des ökonomischen Lernens. Statt die Regelung des wirtschaftlichen Zusammenlebens auf den Demokratie-Auftrag von Schule zu beziehen, dominieren in der aktuellen Ökonomiedidaktik Konzepte, Wirtschaft in einer unterstellten Eigenlogik zu erklären. Diese ‚ökonomische Perspektivität‘ wurde unmittelbar aus dem

gungs- und Vertragsfreiheit (die ebenfalls einer weiteren Konkretisierung bedürfen) oder der Herstellung von Rechtssicherheit. Ebenso wie die Zentralverwaltungswirtschaft erweist sich auch die Marktwirtschaft als ein politisches Programm, den Wirtschaftsprozess nach bestimmten politischen Vorstellungen einer opportunen Ordnung der Wirtschaft zu organisieren. Und auch nachdem eine Marktwirtschaft institutionell hergestellt worden ist, repräsentiert sie keinen ‚freien‘ oder autonomen Kosmos: Unter Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise bekannte selbst der damalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank öffentlich, dass eine Marktwirtschaft fortwährend der Politik bedarf (vgl. Haarmann 2015, 34 f.). Diese Einsicht ist freilich nicht neu: Die Theorieschule des ‚Ordoliberalismus‘ beruht ebenso wie das ursprüngliche theoretische Konzept der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ auf der Überzeugung, dass die Regeln der Marktwirtschaft einer fortwährenden und an humanistischen Grundwerten orientierten politischen Gestaltung unterworfen werden müssen (vgl. Kasten ‚Theoretische Bezüge einer ‚Sozialen Marktwirtschaft‘‘).

Die Wirtschaftsordnung führt den politischen Charakter von Wirtschaft unmittelbar vor Augen. Sie ist menschengemacht und nicht das Ergebnis von Naturgesetzen. Wie jeder gesellschaftliche Raum wird sie von Macht- und Herrschaftsinteressen bestimmt und in Abhängigkeit von den politischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen gestaltet.

Der Demokratie-Auftrag von Schule fordert, dass Wirtschaft im Unterricht in ihrem politischen Charakter (be-)greifbar werden muss. Bei einer ‚apolitischen‘ Darstellung der Wirtschaftsordnung hingegen werden die Bürgerinnen und Bürger genötigt, die bestehenden wirtschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen unerkannt anzuerkennen, statt deren Legitimität zu beurteilen und eigene Ansprüche an die Wirtschaftsordnung zu stellen. Eine Didaktik des ökonomischen Lernens, die Wirtschaft und ihre Ordnung ‚spezifisch ökonomisch‘ erklärt, fördert Loyalitäten zu einem ökonomistischen Weltbild, keine gesellschaftliche Mündigkeit. Jugendliche werden durch entsprechende didaktische Konzeptionen nicht zum Souverän gebildet, sondern zu Untertanen der wirtschaftlich Mächtigen erzogen (vgl. Haarmann 2015, 47-59).

These 2: Wirtschaft ist ein Produkt und ein Faktor der Gesellschaft

Die politische Regelungsbedürftigkeit von Wirtschaft ist das Ergebnis ihres gesellschaftlichen Charakters. Wirtschaft wie wir sie kennen, steht grundsätzlich in vielfältigen gesellschaftlichen Bezügen. Sie findet nicht losgelöst von der soziokulturellen Verfasstheit einer Gesellschaft statt, sondern steht inmitten dieser Verfasstheit und ist Teil davon – Wirtschaft wird durch die anderen gesellschaftlichen Ordnungen geprägt und wirkt (in ihrer politisch geschaffenen Ordnung) auf die anderen gesellschaftlichen Ordnungen zurück (vgl. Haarmann 2015, 377 f.). Selbst historische Formen der Eigenwirtschaft repräsentieren keine gesellschaftlich dekontextualisierte Wirtschaft – die mittelalterliche Grundherrschaft etwa stellt sich als ein soziales Netzwerk dar, das außerdem nicht losgelöst von der mittelalterlichen Gesellschaft verstanden werden kann. Die einzig denkbare Form von Wirtschaft, die sich losgelöst von gesellschaftlichen Bezügen verstehen lässt, ist die Wirtschaftsform eines Einsiedlers (wobei sich z. B. die Verzichtsmotive eines religiösen Eremiten wiederum als gesellschaftlich geprägt erweisen).

Wer die Gestaltung wirtschaftlicher Praxis verstehen möchte, muss also den gesellschaftlichen Charakter von Wirtschaft analytisch nachvollziehen. Neben einer Berücksichtigung der politischen Dimension von Wirtschaft bedarf es dabei einer Zuwendung zu den sozialen und ethischen Fragen, die mit wirtschaftlichem Handeln in Verbindung stehen.

Vieles spricht dafür, dass eine an der Verwirklichung von Grundrechten orientierte ökonomische Machtkritik (wie sie z. B. vom ‚Marktsozialisten‘ Heimann oder vom ‚Ordoliberalen‘ Eucken formuliert wurde; vgl. Kasten) in der ‚digitalisierten‘ Gesellschaft wichtiger denn je ist. So beherrschen weltweit wenige Konzerne die technische Infrastruktur, auf deren Grundlage Menschen im ‚Web 2.0‘ miteinander kommunizieren und sich politisch informieren (vgl. Haarmann 2016). Wirtschaftliche Interessen von Datenkonzernen wie ‚Facebook‘ oder ‚Google‘ müssen daraufhin überprüft werden, wann die von ihnen geschaffenen medialen Strukturen das staatliche Versprechen einer umfassenden Achtung der Menschenwürde innerhalb der demokratischen Gesellschaft unterminieren

oder im logischen Widerspruch zu Grundrechten wie dem Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis stehen, die einst als Schutzrechte gegenüber dem Staat formuliert wurden.

In schulischen Bildungskontexten kommt der Achtung der Grund- und Menschenrechte im wirtschaftlichen Zusammenleben ohnehin eine besondere Bedeutung zu (vgl. Haarmann 2015, 23 ff.). Dass der Bildungsauftrag auf die Internalisierung der Grund- und Menschenrechte abzielt, ist kein Zufall. Denn gerade die Gegenwart zeigt, dass das Erlernen dieser für einen demokratischen Rechtsstaat basalen Werte durch die künftigen Bürger(innen) nicht nur zu den wichtigsten, sondern auch zu den anspruchsvollsten Aufgaben schulischer Allgemeinbildung gehört. Ein durch egoistische Handlungsmotive unterlegtes zweckrationales Handeln hingegen zählt i. d. R. ab dem Kleinkindalter zum Repertoire der individuellen Handlungskompetenzen. Diese dem archaischen Selbsterhaltungstrieb des Menschen dienenden Dispositionen bedürfen in aller Regel keiner Förderung, sondern einer Reflexion auf ihre Legitimität und Grenzen in einer auf die Achtung der Grundrechte verpflichteten Gesellschaft. Ebenso wie das politische, soziale und ethische Lernen wird auch das ökonomische Lernen erst dann zu einer wichtigen und anspruchsvollen Bildungsaufgabe, wenn es dialogisch auf die anderen Formen des gesellschaftlichen Lernens bezogen wird (vgl. Haarmann 2015, 516-533).

Selbst wenn Vertreter eines separierten ökonomischen Lernens alles daran setzen, dem normativen Kern des schulischen Bildungsauftrags nachzukommen, scheitern sie an ihren selbst gewählten analytischen Grenzen. Exemplarisch sei hier auf einen Beitrag zur Unterrichtspraxis verwiesen, der unter dem Anspruch steht, sich unter ethischen Gesichtspunkten mit „Produkt und Markenpiraterie“ zu beschäftigen (Loerwald 2014, Untertitel). Dass der Autor dabei auf das Grundrecht auf Eigentum fokussiert (vgl. Loerwald 2014, 219), ist evident. An dieser Stelle wäre aber eine Auseinandersetzung mit diesem Grundrecht zu evozieren, mittels der sich die Lernenden den weiten Raum erschließen können, den das Grundgesetz diesbezüglich eröffnet. Als Ergebnis der Zerrissenheit der Nachkriegspolitik im Allgemeinen und des verfassungsgebenden Parlamentarischen Rates im Besonderen in ein sozialistisch und in ein

Theoretische Bezüge einer ‚Sozialen Marktwirtschaft‘

Die ‚Soziale Marktwirtschaft‘ wurde von ihren geistigen und politischen Wegbereitern ausdrücklich als Gegenentwurf zu einem separierten ökonomischen Denken konzipiert. Alfred Müller-Armack, der in der Nachkriegszeit als Staatssekretär im von Ludwig Erhard geführten Wirtschaftsministerium die ‚Soziale Marktwirtschaft‘ prägte, ließ keinen Zweifel daran, dass er ‚seiner‘ Ordnungsidee als ein offenes, durch die Politik auszufüllendes Konzept verstanden wissen wollte. Bereits in seiner Publikation ‚Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft‘, mit der er das Konzept im Jahr 1947 der Öffentlichkeit vorstellte, kritisierte er „die ökonomische Weltanschauung des Liberalismus“ (Müller-Armack 1947/1990, 96). Statt die Politik den behaupteten Gesetzmäßigkeiten des Marktes zu unterwerfen oder umgekehrt zu versuchen, die gesamte Volkswirtschaft staatlich zu lenken, verband Müller-Armack mit „‚Sozialer Marktwirtschaft‘“ eine politisch „bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ (Müller-Armack 1947/1990, 96). Das namensgebende (und von Müller-Armack stets groß geschriebene) Adjektiv wurde durch den geistigen Urheber der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ als ein fortwährender politischer Gestaltungsauftrag verstanden.

Bzgl. der theoretischen Bezüge Müller-Armacks ist neben der katholischen Sozialethik vor allem auf den ‚Ordoliberalismus‘ zu verweisen. Die Leistungen dieser Theorieschule, in deren Mittelpunkt der Freiburger Ökonom Walter Eucken stand, bilanzierte Erhard mit folgenden Worten: „Sie haben der Wirtschaftspolitik immer mehr gesellschaftspolitische Akzente verliehen und sie aus der Isolierung eines mechanistisch-rechenhaften Denkens gelöst; sie haben (...) deutlich gemacht, daß das wirtschaftliche Leben der Menschen und Völker nicht losgelöst von ihren anderen Seinsbereichen begriffen und darum auch nicht isoliert geordnet werden darf“ (Erhard 1961, 696). In Opposition zu einem Denken, das auf das „spezifisch Ökonomische“ reduziert ist, hatten Eucken und seine wissenschaftlichen Weggefährten gezeigt, dass Wirtschaft als ein Teilbereich des sozialen Zusammenlebens in den Blick genommen werden muss, sofern sie in ihrer gesellschaftlichen Komplexität verstanden und reflektiert gestaltet werden soll. Den Ausgangspunkt dieser Erkenntnis bildete die Suche nach einer ‚guten‘ wirtschaftlichen Ordnung – einer Regelung des wirtschaftlichen Zusammenlebens, das konsequent auf die Achtung der außer- und überwirtschaftlichen gesellschaftlichen Werte bezogen wird.

Grundlegend für den ‚Ordoliberalismus‘ ist die Überzeugung, dass eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung zwar die effektivste Möglichkeit verkörpert, den Wirtschaftsprozess zu koordinieren, eine ‚freie‘ Marktwirtschaft aber von Macht- und Herrschaftsstrukturen durchsetzt ist, auf deren Grundlage wenige wirtschaftlich Mächtige die garantierten Freiheitsrechte anderer zerstören und Menschen in sozioökonomische Abhängigkeitsverhältnisse zwingen können (vgl. Haarmann 2015, 432-435). Um zu verhindern, dass der freiheitliche Rechtsstaat durch einen schrankenlosen Gebrauch der durch ihn gewährten wirtschaftlichen Freiheitsrechte zerstört wird, forderte Eucken eine machtkritische und an der Verwirklichung von

Grund- und Menschenrechten orientierte Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Realität (vgl. ebd.). Euckens ‚Ordoliberalismus‘ erweist sich dabei als ein ganzheitlich gedachter Liberalismus, der am Freiheitsbegriff und der Menschheitszweckformel Immanuel Kants orientiert ist und auf eine entsprechend reflektierte Gestaltung der Wirtschaftsordnung fokussiert (vgl. ebd. 504-508). Die Notwendigkeit einer inter- und transdisziplinär orientierten wissenschaftlichen Analyse begründete Eucken mit der ‚Interdependenz‘ der gesellschaftlichen Ordnungen, die auf analytischer Ebene nachvollzogen werden müsse: „Diese ‚Interdependenz der Ordnungen‘ ist ein wesentlicher Tatbestand des Lebens und gerade des modernen Lebens. Ihre Erkenntnis ist eine Voraussetzung für das Verständnis aller Probleme sowohl der Wirtschaftspolitik als auch der Rechts- und Staatspolitik der Gegenwart“ (Eucken 1952/1990, 183). Der aus der eigenen Disziplin zu erwartenden Kritik an diesem sozioökonomischen Forschungsstil griff er mit der rhetorischen Frage voraus: „Wie kann sonst z. B. der Zusammenhang von Rechtsstaat und Wirtschaftsordnung aufgedeckt werden?“ (Eucken 1952/1990, 342). Eine Separierung von ökonomischer Perspektivität lehnte Eucken selbst für scheinbar spezifisch ökonomische Aspekte ab. So dimensionierte er auch die Bedürfnisse des Menschen sozioökonomisch und bemerkte zu den individuellen Motiven wirtschaftlichen Handelns: „Das wirtschaftliche Einzelinteresse kann in seinen Äußerungen nicht nur zum wirtschaftlichen Gesamtinteresse in Widerspruch geraten, sondern es kann auch andere Ordnungen beeinträchtigen. (...) Wieder drängt sich das Problem der Interdependenz der Ordnungen auf“ (Eucken 1952/1990, 356).

Die Marktwirtschaft stellt sich im ‚Ordoliberalismus‘ als ein Instrument dar, dem zwar eine ungeheuer effiziente Organisation des Wirtschaftsprozesses zugetraut wird, von dem aber die stetige Gefahr ausgeht, das Gemeinwesen in eine Plutokratie zu verwandeln. Gesellschaftlich zu ertragen ist sie laut Eucken und seinen Mitstreitern nur unter der Voraussetzung, dass sie politisch, sozial und ethisch domestiziert wird. Im Vordergrund steht dabei die Auflösung sozioökonomischer Machtstrukturen (vgl. Haarmann 2015, 417-422).

Auch wenn die ‚Soziale Marktwirtschaft‘ deutlich von der in Bezug auf die Verteilung von wirtschaftlicher Macht egalitären Ordnungsidee der ‚Ordoliberalen‘ abweicht: Die Überzeugung, dass ‚Wirtschaft‘ keiner isolierten Betrachtung unterworfen werden darf, verbindet die ursprüngliche ordnungspolitische Konzeption Müller-Armacks mit dem ‚ordoliberalen‘ Denken. Als eine gemeinsame ideengeschichtliche Wurzel lässt sich dabei die marktsozialistische Schule Franz Oppenheimers ausmachen. Erhard, der ebenso wie der ‚Ordoliberale‘ Alexander Rüstow zu Oppenheimers Schülern zählte, bemerkte zum Einfluss Oppenheimers auf ihn und prominente ‚Ordoliberale‘: „Oppenheimer nannte seine Lehre einen ‚liberalen Sozialismus‘. (...) Nun, ich habe Adjektiv und Substantiv verlagert. Das hat übrigens auch mein Freund Wilhelm Röpke getan [ein ‚Ordoliberaler‘, MP. H.] – und sagte dazu, daß ein ‚Sozialer Liberalismus‘ die

Akzente gewiß etwas verlagert, aber dem Prinzip, um das es geht, dennoch treu bleibt. Es ist der gleiche Geist (...). Gelehrte, von Walter Eucken angefangen (...), haben im tiefsten Grunde Oppenheimerisches Gedankengut in sich aufgenommen und in unsere Gegenwart übersetzt (...)" (Erhard 1964/1988, 861).

Verbunden waren die von Oppenheimer beeinflussten ‚sozialistischen‘ und ‚liberalen‘ Theoretiker durch den Glauben an einen ‚dritten Weg‘ zwischen Wirtschaftsliberalismus und einer staatlich gelenkten Zentralverwaltungswirtschaft (vgl. Haarmann 2015, 75). Als nahezu deckungsgleich erweist sich dabei die von ‚Marktsozialisten‘ und ‚Ordoliberalen‘ geäußerte Kritik am separierten ökonomischen Denken. Beispielhaft kann dies an einem Vergleich der Argumentation des (heute weithin vergessenen) ‚Marktsozialisten‘ Eduard Heimann und des ‚Ordoliberalen‘ Eucken aufgezeigt werden: Auch Heimann sah die Fokussierung auf eine behauptete Eigenlogik von ‚Wirtschaft‘ als den Kardinalfehler des Wirtschaftsliberalismus an, kritisierte die Zerstörung menschlicher Freiheitsräume durch eine Verabsolutierung der wirtschaftlichen Freiheit und forderte, das ökonomische Denken auf gesellschaftliche Grundwerte zu beziehen. Sowohl Heimann als auch Eucken leiteten ihre Kritik an einem wertezerstörenden Wirtschaftsliberalismus von der Ursprungsidee des politischen Liberalismus ab – dem Ideal einer Verwirklichung individueller Freiheitsrechte unter an Rechten und Chancen gleichen Menschen. In dieser Hinsicht stehen beide Theorierichtungen in der Tradition der Aufklärung. Schon Rousseau machte in seiner wegweisenden ‚Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleich-

heit unter den Menschen‘ deutlich, dass egoistische wirtschaftliche Einzelinteressen und darauf aufbauende Handlungen in einem antagonistischen Verhältnis zu der Verwirklichung einer freien Gesellschaft stehen und in soziale Schranken gewiesen werden müssen (vgl. Rousseau 1755/1998, 88 f.).

Es zählt zu den Leistungen von Sozioökonomern wie Eucken und Heimann, die wirtschaftsliberale Behauptung einer ‚natürlichen‘ Harmonie zwischen der Verfolgung egoistischer ökonomischer Interessen und dem gesellschaftlichen Gemeinwohl als ein trügerisches und ideologiegefärbtes Versprechen entzaubert zu haben. Um den Wirtschaftsliberalismus als plutokratisches Herrschaftsprogramm zu enttarnen, bedurfte es einer Vergegenwärtigung der für eine ‚freie‘ Marktwirtschaft charakteristischen Macht- und Herrschaftsstrukturen. Da der marktliberale Freiheitsbegriff an die Verfügungsgewalt über Besitz und Einkommen gebunden ist, steht er im Widerspruch zum ganzheitlichen Freiheitsversprechen des politischen Liberalismus. Gerade an der Theorieschule des ‚Ordoliberalismus‘ lässt sich zeigen, dass eine konsequente Orientierung an der Verwirklichung von Grund- und Menschenrechten die zentrale Voraussetzung darstellt, um eine wirtschaftliche Ordnung zu etablieren, die mit dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat harmonisiert (vgl. Haarmann 2015, 501-533). Wer als Lehrer(in), Didaktiker(in) oder Bildungspolitiker(in) Verantwortung für das ökonomische Lernen an allgemeinbildenden Schulen trägt, sollte sich diesen Voraussetzungen einer ‚guten‘ wirtschaftlichen Ordnung bewusst sein und ‚Wirtschaft‘ nicht separiert, sondern kontextualisiert denken!

marktwirtschaftlich orientiertes Lager wird die konkrete Ausgestaltung von „Inhalt und Schranken“ des Privateigentums vom Grundgesetz bekanntermaßen offen gelassen (Art. 14 GG, Abs. 1). Dem Gesetzgeber wird nur unkonkret die soziale Verpflichtung des Eigentums aufgetragen (Art. 14 GG, Abs. 2). Auf Letztere geht der Autor des unterrichtspraktischen Beitrages allerdings ebenso wenig ein wie auf die Möglichkeit der Sozialisierung von Privateigentum (Art. 15 GG). Stattdessen fokussiert der Beitrag auf die „negativen Auswirkungen von Produkt- und Markenpiraterie“ (Loerwald 2014, 219). Sowohl diese inhaltliche Schwerpunktsetzung als auch deren didaktische Ausgestaltung sind primär auf Konzerninteressen bezogen – problematisiert wird etwa der „Verlust von Marktanteilen“ oder die „Entwertung von Marken“ (ebd.). Im Mittelpunkt der skizzierten Sachstruktur steht das bestehende Patent-Markenrecht, das in seiner Legitimität nicht hinterfragt wird und stattdessen als Voraussetzung für den Schutz von Verbraucherinteressen darge-

stellt wird (ebd., 220). Auch an dieser Stelle wird deutlich, dass das ökonomische Lernen durch die gegenwärtige Hauptrichtung der Wirtschaftsdidaktik unzulässig verengt wird – denn das Patentrecht und der Markenschutz repräsentieren zwar Konzern-, aber nicht notwendigerweise auch Verbraucherinteressen. Die als ‚Vordenker‘ der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ geltenden ‚Ordoliberalen‘ etwa sahen in dem Schutz von Patenten und Marken einen Ursprung unzulässiger Sondergewinne zu Gunsten der wirtschaftlich Mächtigen (vgl. Haarmann 2015, 440 f.). Das von dem Autor des Unterrichtsmaterials unkritisch perpetuierte internationale Patent- und Markenrecht erweist sich vor diesem Horizont als problematisch für das Gemeinwohl und die Verbraucherinteressen.

Freilich: Im Gegensatz zu einer auf die Separierung des ökonomischen Lernens bedachten Wirtschaftsdidaktik war die Theorieschule des ‚Ordoliberalismus‘ konsequent sozioökonomisch orientiert (vgl. Kasten). In Opposition zu einem ökonomistischen Den-

ken beanspruchten seine Vertreter explizit eine Rückbesinnung auf die ‚politische Ökonomie‘, deren Namen sie programmatisch verstanden (vgl. Haarmann 2015, 505 f.).

Es ist evident, dass in einer entsprechend kontextualisierten Analyse von Wirtschaft auch der Schlüssel zu einem ökonomischen Lernen liegt, das dem Bildungsauftrag von Schule gerecht wird. Weil Wirtschaft im Allgemeinen und ihre Ordnung im Besonderen das Produkt der Gesellschaft ist, kann und darf wirtschaftliches Handeln im Unterricht nicht losgelöst von ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen analysiert und beurteilt werden!

These 3: Keine Wirtschaftsordnung ist alternativlos

Vor dem Hintergrund, dass sich Wirtschaft ebenso als ein Produkt wie als ein Faktor der Gesellschaft darstellt und in einem Geflecht zu den anderen gesellschaftlichen Ordnungen steht, ist es bemerkenswert, dass die heutige Ökonomik beansprucht, Wirtschaft gleichsam aus sich selbst heraus erklären zu können. Ge-

rade die in der Disziplin renommiertesten Wissenschaftler suggerieren, dass sich Wirtschaft als ein logisches Geflecht ‚natürlicher‘ Gesetzmäßigkeiten darstelle. Die für die Gestaltung sozialer Praxis relevanten Erkenntnisse einer dergestalt auf das ‚spezifisch ökonomische‘ beschränkten Perspektive lassen sich damit zusammenfassen, dass es auf Ebene des Individuums und der Gesellschaft nur darum geht, diesen Gesetzen Folge zu leisten bzw. sie unbehindert in den Dienst zu setzen.

Bei solchen eindimensionalen Sichtweisen von Mensch und Gesellschaft handelt es sich um Ideologien. Dass eine als ‚objektiv‘ erklärte und entsprechend unterkomplexe ökonomistische Denkweise inzwischen global Gesellschaften prägt, ist ebenso offensichtlich wie gefährlich. Pikanterweise wird der ideologische Charakter der Mainstream-Ökonomik sogar von ihren Vertretern bestätigt. So bekannte der Cambridge-Ökonom Paul A. Samuelson (1915-2009), der maßgeblich zur Popularisierung der Neoklassik beitrug, freimütig: „I don’t care who writes a nation’s laws – or crafts its advanced treaties – if I can write its economics textbooks“ (Samuelson 1990, ix). Es ist bemerkenswert, wie offen hier von einem Ökonomen erklärt wird, dass aus einer Beherrschung des wirtschaftlichen Denkens eine Beherrschung der Politik folgt.

Nicht minder bemerkenswert ist die fragwürdige wissenschaftliche Legitimation des ökonomischen Mainstreams – die allerdings erst offensichtlich wird, wenn man von außen auf das Theoriegebäude blickt. Denn wandelt man innerhalb des hochartifiziierten Theoriegebäudes, das die neoklassisch orientierte Ökonomik insbesondere in den letzten Jahrzehnten konstruiert hat, so zeigt man sich fast zwangsläufig von dessen Komplexität und beeindruckender innerer Logik beeindruckt. Wer sich angewöhnt hat, ‚in‘ den grundlegenden Prämissen zu denken, auf denen dieses Theoriegebäude ruht, wird (wie bei allen Ideologien) mehr und mehr von der bestechenden inneren Plausibilität vereinnahmt, die eine entsprechend simplifizierte Sichtweise bietet.

Hinterfragt man stattdessen von außen die Legitimation einer entsprechenden Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlichen Zusammenleben, so wird der Kunstgriff offensichtlich, der hinter einer entsprechenden Denkweise von Wirtschaft steht. Es ist – wenig überraschend – die Separierung

und Verabsolutierung ökonomischer Perspektivität. Schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sowohl marktwirtschaftlich als auch sozialistisch orientierte Sozioökonomien kleinschrittig aufgezeigt, dass die heute dominierende marktliberale Ökonomik ihre innere Exaktheit durch eine wirklichkeitsfremde Abstraktion ihrer grundlegenden Prämissen erkaufte (vgl. Haarmann 2015, 216-232). Eine separierte Ökonomik hingegen wird argumentativ sehr schlicht, sobald sie ihre grundlegenden Prämissen legitimiert. Denn viel mehr als den routinierten Verweis auf die ‚unsichtbare Hand‘ findet man nicht, wenn man in den Standardwerken zur Volkswirtschaftslehre nach der Berechtigung einer politisch, sozial und ethisch dekontextualisierten Erklärung von (Markt)Wirtschaft sucht. Die argumentative Substanz des aktuellen ökonomischen Mainstreams ruht also auf dem wackeligen Fundament einer Metapher, die im 18. Jahrhundert beiläufig eingeführt und (insbesondere im 19. Jahrhundert) göttlich aufgeladen wurde (vgl. Haarmann 2015, 27 ff.). Auf dieser ideologischen Grundlage können zwar Individuum und Gesellschaft marktliberal beraten und geprägt werden. Aber nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftskrise veranschaulicht, dass die Disziplin nicht einmal in der Lage ist, die von ihr selbst in den Dienst gesetzten ‚freien‘ Märkte zu erklären (dazu ausführlich: ebd. 27-42).

Ebenso, wie sich die moderne Gesellschaft vom Glauben an das Gottesgnadentum abgewendet hat, sollte sie den Glauben an eine autonom funktionierende (Markt)Wirtschaft ablegen. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass Kindern und Jugendlichen im Unterricht ermöglicht wird, Wirtschaft in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen zu verstehen und zu beurteilen. Im Zentrum eines solchen sozioökonomischen Lernens steht eine inter- und transdisziplinär orientierte Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsordnung. Das einseitige Verständnis der Wirtschaftsordnung als ‚ökonomisches Fachkonzept‘ ist aufzugeben. Stattdessen muss auf didaktischer Ebene nachvollzogen werden, dass das wirtschaftliche Handeln der Menschen in vielfältigen Interdependenzen zu den anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen steht und die Regeln, denen es unterliegt, menschengemacht sind.

Unter der Voraussetzung eines entsprechend akzentuierten sozioökonomischen Lernens wird die Wirtschaftsordnung als eine demokratische Gestaltungsaufgabe (be)greifbar. Kinder und Jugendliche können dann darin gefördert werden, ihre eigenen Ansprüche an eine grund- und menschenrechtskonforme Wirtschaftsordnung zu stellen und argumentativ zu vertreten. Die ‚gute‘ Wirtschaftsordnung wächst in einer Demokratie auf Grundlage dieser individuellen Ideen einer grund- und menschenrechtskonformen Wirtschaft. Statt Lernende in ökonomistischen Logiken zu schulen gilt es, sie dazu herauszufordern, ihre individuellen Ansprüche an die Regelung des wirtschaftlichen Zusammenlebens in der demokratischen Gesellschaft zu entwickeln und die Wirtschaft und ihre Ordnung auf dieser Grundlage zu beurteilen und zu prägen. (Markt)Wirtschaft repräsentiert keine in sich selbst ruhende ‚ordre naturel‘, sondern markiert ein wichtiges Aktionsfeld verwirklichter Demokratie!

Literatur

- Erhard, L. (1961): Gestern – Heute – Morgen; Gespräch mit H. O. Wesemann vom 09. Juni 1961. In: Hohmann, K. (1988): Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Düsseldorf, S. 684–704.
- Erhard, L. (1964): Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund; Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag in der Freien Universität Berlin am 30. April 1964. In: Hohmann, K. (1988): Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Düsseldorf, S. 858–864.
- Eucken, W. (1952/1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen.
- Haarmann, M. P. (2015): Wirtschaft- Macht – Bürgerbewusstsein. Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung. Wiesbaden.
- Haarmann, M. P. (2016): E-Citizenship?! Impulse zum Ausbruch aus einer digitalen Unmündigkeit. In: Polis 3/2016, S. 22-25.
- Loerwald, D. (2014): Produkt- und Markenpiraterie – Fluch der Marktwirtschaft? In: Retzmann, T. / Grammes, T. (Hg.): Wirtschafts- und Unternehmensethik. 15 Unterrichtsbausteine für die ökonomische und gesellschaftspolitische Bildung. Schwalbach/Ts. S. 215-223.
- Müller-Armack, A. (1947/1990): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft. München.
- Niedersächsisches Kultusministerium (2015): Politik-Wirtschaft. Kerncurriculum für das Gymnasium 8-10. Hannover.
- Rousseau, J-J (1755/1998): Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Stuttgart.
- Samuelson, P. A. (1990): Foreword. In: Saunders, P. / Walstad, W. B. (Hg.): The Principles of Economics Course. A Handbook for Instructors. New York.



Didaktische Werkstatt

Franziska Schädlich

Thematisierung der internationalen Ordnung auf der Folie des Empirebegriffs von Hardt/Negri

*„Unser Zeitalter sucht beharrlich, und manchmal geradezu verzweifelt, nach dem Konzept einer Weltordnung“
(Kissinger 2014)*

Ein wesentliches Entwicklungsmuster der Gegenwartsgesellschaft ist die Globalisierung als allumfassende Entgrenzungsbewegung: Systemgrenzen, nationalstaatliche Grenzen, territoriale, kulturelle sowie räumliche Grenzen werden auf eine noch nie gekannte Weise egalisiert. Folglich scheint der Bezugsrahmen des Nationalstaates in der Auseinandersetzung mit politischen Problemen und Prozessen vielfach nicht mehr ausreichend. Die schulische politische Bildung steht in Anbetracht dieser Entwicklungen vor der Aufgabe, im Rahmen entsprechender Bildungsprozesse, bei den Lernenden ein Verständnis globalisierter Politik zu entwickeln und sie dazu zu befähigen, Politik auch unter den gewandelten Bedingungen verstehen und beeinflussen zu können. Bezüglich der angeführten Aspekte postmoderner Veränderungen, stellt sich unweigerlich die Frage, welches Bild einer neuen Weltordnung sich aus dieser Weltumordnung im Zuge politisch veränderter Konstellationen und Globalisierungsprozesse ergibt. Während einige Autoren lediglich versuchen, die Richtung der noch unabgeschlossenen Prozesse zu bestim-

men, beschreiben Michael Hardt und Antonio Negri in ihrem Werk *Empire – Die neue Weltordnung* eine grundlegend neue globale Form der Herrschaft, die sie *Empire* nennen. Ausgehend von diesen Überlegungen will das im Folgenden skizzierte Unterrichtsvorhaben der Frage nachgehen, inwiefern das Empire-Konzept von Michael Hardt und Antonio Negri geeignet ist, um Vorstellungen der aktuellen Weltordnung im Politikunterricht der gymnasialen Oberstufe zu vermitteln. Es soll dabei nicht darum gehen, die Theorie zu simplifizieren, sondern vielmehr darum, in wesentliche Konzepte und Begrifflichkeiten des Theoriegebäudes einzuführen und sie für den Unterricht nutzbar zu machen. Dieses Vorgehen trägt dem Anspruch Rechnung, dass Politikunterricht in der gymnasialen Oberstufe den Lernenden zu einem Bewusstsein über die transnational verflochtene Staatenwelt verhelfen muss, welches vor dem Hintergrund des aktuellen wissenschaftlichen Diskussionsstandes über ebendieses vertretbar erscheint. Dabei erweist sich die Thematisierung der Empiretheorie als anschlussfähig an den wissenschaftlichen Diskurs, welcher die Dezentrierung von Macht, Staat und Demokratie zum Ausgangspunkt einer politischen Bildung macht, die *Politik auch jenseits der angestammten Inhaltsfelder thematisiert*

und damit den Blick für die Herausforderungen der Gegenwart öffnet (Friedrichs/Lange 2014, S. 63). Wolfgang Sander formulierte in Bezug auf das Phänomen der Macht, dass die Aufgabe politischer Bildung darin bestehe,

Franziska Schädlich ist Studienrätin am Gymnasium Buxtehude-Süd für die Fächer Geschichte und Politik/Wirtschaft.



die Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler so zu differenzieren und komplexer gestalten, dass sie vor dem Hintergrund sozialwissenschaftlichen Wissens über Macht vertretbar werden. Gleiches kann wohl auch für die Vorstellungen der Lernenden über die Welt und ihre politische Ordnung konstatiert werden. Der Kompetenzerwerb wird dabei von der grundlegenden Annahme getragen, dass es keine *endgültig „richtigen“ Antworten, sehr wohl aber wissenschaftliche Perspektiven und praktisch-politische Erfindungen [gibt] die zu verstehen nötig ist, um sich in unserer Gegenwart [...] angemessen,*

urteilend und handelnd orientieren zu können (Sander 2009, S. 58).

„*Empire – ein neuer Mythos
für ein neues Jahrtausend –
Empire ist die neue Weltordnung*“
(Weber 2014)

In den letzten Jahren hat das *Empire* als attraktives Konzept erneut Eingang in den wissenschaftlichen und politischen Diskurs gefunden, da es zu erklären verspricht, was in einer bisher als nationalstaatlich organisiert geglaubten Welt, unter den Bedingungen beschleunigter Verflechtungen und Interdependenzen, vor sich geht. Die Aktualisierung des Empirebegriffs in der öffentlichen Diskussion verweist dabei auf einen grundsätzlichen Mangel an plausiblen Kategorien, mit denen die transnationalen Qualitäten des heutigen globalen Systems gefasst werden können. Die prominentesten Vertreter der Empiretheorie sind zweifelsohne der Literaturwissenschaftler Michael Hardt und der Philosoph Antonio Negri, welche die Situationsanalyse nach dem Ende des Kalten Krieges zum Ausgangspunkt ihres Werkes *Empire – Eine neue Weltordnung* machten, das 2002 erstmals in deutscher Übersetzung erschien und in der politischen Theoriediskussion auf enorme Resonanz stieß. Empire basiert auf einer Theoriegrundlage, von der aus der Individualismus als „Befreiung“ sowie eine horizontale und deterritoralisierte Machtverteilung im Modell der Netzwerkvorstellung und die Überwindung imperialistischer Weltpolitik auf Seiten der Großmächte als Tatsachen beschrieben werden. Die Kühnheit von Hardt und Negri liegt darin, dass sie nicht wie die Mehrzahl der Globalisierungstheoretiker unabgeschlossene Prozesse thematisieren und versuchen deren Richtung zu bestimmen, sondern deren Abschluss und Kristallisation zu einem neuen Weltzustand postulieren, den sie *Empire* nennen. Das Theoriemodell der Autoren lässt sich dabei kaum im Ganzen darstellen, daher soll im Folgenden entlang der zentralen Begriffe *Souveränität*, *Macht* und *Krieg* das Empire eine inhaltliche Konkretisierung erfahren. Michael Hardt und Antonio Negri entwerfen vor der Folie des globalen Marktes und der globalen Produktionsabläufe eine neue und globale Form der Souveränität, die jenseits von demokratischer Kontrolle und nationaler Souveränität regiert. Sie zeichnen das Skript

eines ortlosen Empires, dessen Herrschaft über die Welt total geworden ist. Das Empire ist das politische Subjekt bestehend aus Nationalstaaten, supranationalen Institutionen, kapitalistischen Großunternehmen und anderen Machtfaktoren, welches die Welt regiert, wenngleich freilich nicht alle Elemente im Netzwerk Empire über die gleiche Macht verfügen. Hardt und Negri unterscheiden zwischen *Imperialismus* und *Empire*, um die neue Logik des internationalen Systems einzufangen. Während sich das Wort „Imperialismus“ auf ein gewaltsames und ausbeuterisches System bezieht, durch das eine imperiale Macht anderen ihren Willen aufzwingt, verweist Empire auf eine Netzwerkmacht bestehend aus Regeln, Bestimmungen und Strukturen, in welchem die Mächte kooperieren müssen, um die gegenwärtige Weltordnung zu schaffen und aufrecht zu erhalten. Der Empirebegriff geht damit über die Debatten hinaus, die als einzige politische Alternativen Unilateralismus und Multilateralismus gelten lassen wollen. Vor dem Hintergrund des poststrukturalistischen Diskurses stellt das Empire letztlich die binäre Logik der Moderne grundsätzlich in Frage und zielt auf eine Dekonstruktion des Souveränitätsbegriffes in seiner binären Differenzierung (Vgl. Hardt/Negri 2003, S. 152). Eine grundlegende These Hardt und Negris lautet folgerichtig, dass heute kein Nationalstaat in der Lage wäre, die Führung im Empire zu beanspruchen und ohne die anderen Netzwerkkräfte die Weltordnung aufrecht zu erhalten. Auch ist eine gleichberechtigte Partizipation aller bzw. der führenden Nationalstaaten, wie sie das Modell der multilateralen Kontrolle unter dem Dach der Vereinten Nationen vorsieht, weder Kennzeichen noch Grundlage der aktuellen Weltordnung (Vgl. Hardt/Negri 2004, S. 3). Nach Hardt und Negri erfährt zugleich der Begriff des Krieges im Empire eine Neubestimmung, da das Zeitalter der imperialistischen Kriege und binären Strukturen vorüber ist und es überall kleine und schwer bestimmbare Feinde und kleine und unbestimmbare Krisen und Konflikte zu geben scheint (Vgl. Hardt/Negri 2003, S. 201). Der Krieg zwischen zwei Nationen wird zunehmend abgelöst durch andauernde Bürgerkriege und Polizeiaktionen. Die Ausführungen der Autoren erweisen sich diesbezüglich als anschlussfähig an das Konzept der Neuen Kriege, etwa im Sinne Herfried Münklers, wel-

cher darunter die veränderte Erscheinungsform des Krieges nach dem Ende des Kalten Krieges fasst. Hardt und Negri gehen aber in ihrer Neubestimmung über die Charakterisierung Münklers im Sinne von Entstaatlichung, Asymmetrisierung und Autonomisierung des Krieges hinaus, indem sie mit der Konstitution des Empires eine Renaissance des gerechten Krieges (*bellum iustum*) aufziehen sehen, bei welchem Rechtskategorien und moralische Werte nicht mehr voneinander unterschieden werden (Vgl. ebd., S. 28). Die grundlegende Neuerung im Empire besteht nun aber darin, dass der gerechte Krieg nicht länger als Verteidigungs- oder Widerstandshandlung erscheint, um das eigene Überleben zu garantieren, sondern er seine Rechtfertigung in sich trägt. Das Empire stützt sich dabei aber nicht auf Gewalt, sondern auf die Fähigkeit den Einsatz von Gewalt im Dienst des Rechts und des Friedens, basierend auf höheren ethischen Prinzipien, erscheinen zu lassen (Vgl. ebd., S. 29-33). Die universelle Legitimation des Krieges als ethisch begründetes Mittel kann gegenwärtig vor allem im globalen Anti-Terror Kampf beobachtet werden, welcher als weltweite grenzüberschreitende präventive Polizeimaßnahme im Dienst des Rechts und des Friedens betrachtet werden kann. Insgesamt beschreibt die Empiretheorie einen grundlegenden Perspektivwechsel, da angesichts der gegenwärtigen Transformationsprozesse die herkömmlichen Theoriearchitekturen und Terminologien kein adäquates Instrumentarium zur Beschreibung der aktuell beobachtbaren Umwälzungen mehr bieten können.

Hinweise zum Lernarrangement: Konzeption und Verlauf der Unterrichtsstunde

Ein potentielles Unterrichtsvorhaben kann im 11. Jahrgang einer gymnasialen Oberstufe durchgeführt werden. Dabei sollten die Lernenden auf inhaltlicher Ebene bereits Wissen über Prozesse und Strukturen internationaler Politik erworben und darüber hinaus Weltordnungsmodelle als Analysemodelle der internationalen Beziehungen kennen gelernt haben. So kann eine Doppelstunde den Abschluss der Einheit *Internationale Politik in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts* bilden und die beiden Themen Globalisierung und Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik unter Bezugnahme auf Politische Theorien

und das Konzept der Neuen Kriege verknüpfen. Im Zentrum steht dabei die systematische Analyse der aktuellen Weltordnung aus Perspektive der kosmopolitisch neomarxistischen Empiretheorie von Michael Hardt und Antonio Negri. Dabei wird der dem Unterrichtsvorhaben zugrundeliegende Text aus der knapp 500 Seiten umfassenden deutschen Ausgabe des Werkes *Empire – Die neue Weltordnung* (2003) von Michael Hardt und Antonio Negri entnommen und erweist sich folgerichtig als Primärquelle hinsichtlich seiner Struktur und Sprache und in Bezug auf seinen Abstraktionsgrad als komplex und anspruchsvoll. Überdies trägt die Materialauswahl dem leitenden didaktischen Prinzip des wissenschaftspropädeutischen Arbeitens Rechnung. Im Sinne der didaktischen Reduktion wird in einer unterrichtspraktischen Umsetzung die Charakterisierung des Empires durch folgende drei Analyseaspekte strukturiert: das veränderte Souveränitätskonzept im Empire, die Neubestimmung von Krieg und die Dezentralisierung von Macht. Ausgehend vom Material charakterisierten die Lernenden das Empire in seinen wesentlichen Merkmalen und formulierten Oberbegriffe unter denen sich die jeweiligen Merkmale subsumieren lassen. Die Vernetzung der Merkmale erfolgte ausgehend von den zentralen Oberbegriffen in Form eines Rhizoms. Der Begriff Rhizom stammt ursprünglich aus der Botanik und bezeichnet ein meist unterirdisch oder dicht über dem Boden wachsendes wurzelähnliches Sprossachsensystem. Als Metapher wird das Rhizom verwendet, um verwobene netzwerkartige Strukturen zu veranschaulichen. Ein dezentrales Geflecht aus Knoten und Verknüpfungen bildet das Rhizom, bei welchem alles mit allem verknüpft sein kann und es weder Anfang noch Ende gibt. Die Lernenden gestalteten in Kleingruppen Plakate, um die von Hardt und Negri beschriebene netzwerkartige Struktur des Empires zu visualisieren. Ausgehend von den Erarbeitungsergebnissen diskutierten die Lernenden Vor- und Nachteile des Empire-Konzeptes, stellten Anknüpfungspunkte zum Konzept der Neuen Kriege und zu herkömmlichen Weltordnungsmodellen her und reflektierten deren Möglichkeiten und Grenzen.

Eignung der Empiretheorie als unterrichtlicher Gegenstand

In der didaktisch-methodischen Umsetzung der bisherigen Ausführungen zeigten sich an mehreren Stellen erwartbare Schwierigkeiten, aber auch die erhofften Perspektiven. Die Erarbeitung aktueller politischer Ordnungsvorstellungen am Beispiel der Empiretheorie von Michael Hardt und Antonio Negri wurde von den Lernenden selbst im Spannungsverhältnis von *interessant*, *spannend* und gleichzeitig *komplex* bzw. *kompliziert* bewertet. Eine zentrale Erkenntnis des Unterrichtsversuchs liegt in der Identifikation vorhandener Schülervorstellungen von der Welt und ihrer politischen Ordnung. Die Konzepte der Lernenden deckten sich in erster Linie mit den klassischen Theorien und Annahmen der internationalen Politik. Die Mehrzahl der Lernenden begreift internationale Politik und die Weltordnung vor allem als Beziehungsgefüge zwischen Nationalstaaten. Folglich wurde das Theoriegebäude des Empires von ihnen zumindest anfänglich als utopischer Zukunftsentwurf betrachtet, der mit den gegenwärtigen Strukturen des internationalen Systems nur wenig zu tun hat. Unter Einbeziehung der Bedeutung des wissenschaftspropädeutischen Arbeitens in der gymnasialen Oberstufe kann die unterrichtliche Behandlung des Empire-Konzeptes insbesondere damit begründet werden, dass die vorhandenen Vorstellungen der Lernenden ausdifferenziert werden, sodass sie vor dem Hintergrund des sozialwissenschaftlichen Wissens über ebendiese vertretbar werden. Diesbezüglich formulierten mehrere Lernende, dass die *Empiretheorie sie zum Nachdenken angeregt* und *neue Perspektiven aufgezeigt* habe sowie eine bislang im *Unterricht fehlende Theorie darstellt*, die *Weltstrukturen beschreibt* und *zukünftige globale Probleme der Menschheit* beleuchten kann. Ebenso konstatierten die Kursteilnehmer, dass die Theorie ihnen *neue vorher unbekannte Weltordnung aufgezeigt* und *ihnen die Augen geöffnet* habe, dass die *Welt heute zunehmend komplizierter und unübersichtlicher* geworden sei. Folgerichtig kann in Bezug auf die erkenntnisleitende Untersuchungsfrage konstatiert werden, dass die Vorstellungen der Lernenden über die

aktuelle Weltordnung differenziert werden konnten und an Komplexität gewannen. Dennoch sind der dem Empirekonstrukt zugrundeliegende Perspektivwechsel und die damit verbundene neue Begriffsarchitektur nicht unproblematisch für die Lernenden gewesen. Das zeigte sich gerade bezüglich des von Hardt und Negri in Anlehnung an Foucault entwickelten Machtbegriffes, der für die Lernenden nur schwer greifbar war, weil er im Gegensatz zu ihren bisherigen Kenntnissen und Konzepten steht. So merkte ein Schüler an: *„Ich finde es problematisch, wie die Vernetzung der Welt bzw. die Machtverteilung dargestellt wird, da dies zwar durch den Begriff „dezentralisiert“ beschrieben, doch dies nicht genauer beleuchtet wird.“* Die Vorstellungen von Krieg und Souveränität im Empiregebilde bereiteten den Lernenden jedoch kaum Probleme. Insbesondere bei der Neubestimmung von Krieg im Empire kam das Prinzip des kumulativen Lernens in außerordentlicher Weise zum Tragen und verhalf den Lernenden zu einem vertieften Verständnis und einer Weiterentwicklung des Münklerschen Konzeptes der Neuen Kriege vor dem Hintergrund aktueller terroristischer Bedrohungen. Hieran wird deutlich, dass die Analyse und Reflexion der Empiretheorie von Hardt und Negri ein geeigneter Ansatzpunkt zu sein scheint, um vor dem Hintergrund des didaktischen Prinzips der Wissenschaftspropädeutik, fachwissenschaftliche Konzepte der internationalen Politik konstruktiv und kritisch zu nutzen. Denn schließlich hat der Politikunterricht die Aufgabe, Lernende in zentrale Fragestellungen, Methoden und Reflexionen der Politikwissenschaft einzuführen und sie mit Modellen und Theorien vertraut zu machen.

Literatur

- Friedrichs, W./Lange, D. (2014): Postpolitische Bildung? Perspektiven Politischer Bildung im Zeitalter herausgeforderter Demokratien. In: Politik unterrichten 31/1, S. 59-64.
- Hardt, M./Negri, A. (2003): Empire. Eine neue Weltordnung, Frankfurt am Main.
- Hardt, M./Negri, A. (2004): Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt/ New York.
- Sander, W. (2009): Wissen: Basiskonzepte der Politischen Bildung. In: Informationen zur Politischen Bildung Bd. 30, S. 57-60.



Impuls
Termine
Personen
Berichte

DVPB aktuell

IMPULS

Politische Bildung als Weckruf gegen Populismus und Menschenfeindlichkeit

„Die Politische Bildung stellt eine Grundvoraussetzung für das demokratische Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft dar. Sie thematisiert demokratische Grundwerte, Vorurteile, Rassismen und Rechtspopulismen, Probleme sozialer Integration, religiösen Fundamentalismus, Ursachen und Folgen von Migrationen.“ Diese Botschaft bildet die Kernaussage des an die Länderministerien für Schule und Bildung sowie die Kultusministerkonferenz gerichteten Appells „Politische Bildung im Kontext von Migration!“, der auf der Sitzung des Erweiterten Bundesvorstandes der DVPB im November 2015 formuliert und anschließend durch Bundesvorstand und Landesvorstände der DVPB kommuniziert wurde. Ergänzt wurde der Appell u. a. durch das im März 2016 vom Bundesvorstand verbreitete Positionspapier „Demokratie stärken – Politische Bildung ausbauen“, mit dem gefordert wurde, Politische Bildung in allen staatlichen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu verankern und in allen staatlich zertifizierten Bildungsgängen zu gewährleisten.

Das Jahr 2016 hat vergegenwärtigt, wie elementar es für demokratische Gesellschaften ist, eine so verstandene Politische Bildung auf allen Ebenen von staatlich verantworteter Bildung und Ausbildung sicherzustellen und auszubauen. Die Bildung von demokratischen Kompetenzen, Werten und Haltungen durch

den einzelnen Menschen repräsentiert das Fundament von Demokratie. Dieses Fundament muss gerade dann tragen, wenn die demokratische Gesellschaft von Populisten und Extremisten herausgefordert wird. Demokratie-Lernen bildet außerdem die zentrale Voraussetzung dafür, dass Multi- und Interkulturalität gesellschaftlich gelingt. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass sich die DVPB als Interessenverband Politischer Bildung den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft stellt und die Politik an den Stellenwert erinnert, der der Politischen Bildung zukommt, wenn demokratische Grundprinzipien gegenüber rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Strömungen verteidigt werden müssen.

Das unter den Schwerpunkt „Politische Bildung als Kritik“ gestellte Programm der diesjährigen Herbsttagung der DVPB, die nach Redaktionsschluss am 17./18.11.2016 in Berlin-Kreuzberg stattfand, war wesentlich auch eine Antwort auf diejenigen, die die gesellschaftlichen Diskurse mit Populismus und Hass anreichern. Die Tagesordnung der Sitzung des Erweiterten Bundesvorstandes der DVPB (die traditionell an die Herbsttagung anschloss) war davon geprägt, die vielen Ansätze und Ideen für eine vitale politische Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft zusammenzutragen, zu diskutieren

und für die praktische Arbeit der DVPB weiterzuentwickeln. Über beide Veranstaltungen wird in POLIS Heft 1-2017 berichtet werden. Die aktuellen Berichte aus den Landesverbänden dokumentieren, wie engagiert sich die Landesverbände der DVPB den Herausforderungen von „Politischer Bildung im Kontext von Migration“ stellen. Eine auch im Hinblick auf die verbandspolitische Arbeit im Jahr 2017 inspirierende Lektüre!

(Moritz Peter Haarmann)

Helmut A. Bieber übernimmt die Redaktion der DVPB aktuell

Mit POLIS Heft 1-2017 übernimmt Helmut A. Bieber die redaktionelle Verantwortung für die DVPB aktuell. Bitte schicken Sie deshalb künftig alle Vorschläge für die Rubrik ‚Impuls‘ sowie alle Terminankündigungen und Berichte an:

HelmutA.Bieber@dvpb-nw.de

Vielen Dank!

TERMINE

Januar 2017

17.01.2017 **Thüringen**
Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung
(ab 18:30 Uhr)
Friedrich-Schiller-Universität Jena

31.01.2017 **Rheinland-Pfalz**
Anmeldeschluss für eine durch den Landesverband organisierte Studienreise nach Israel/Palästina, die vom 03. bis 13.10.2017 stattfinden wird. Interessierte wenden sich bitte an den Landesvorsitzenden Michael Sauer (michael.sauer@dvpb-rlp.de).

Februar 2017

09.03.2017 **Mecklenburg-Vorpommern**
Sozialkundelehrertag 2017 zum Schwerpunktthema „Demokratie und Streit“
(09:30-16:00 Uhr)
Universität Rostock (Arno-Esch Hörsaal)

Weitergehende Informationen finden Sie auf den Homepages der Landesverbände.

BERICHTE

Sachsen-Anhalt

120 Teilnehmende diskutieren mit Fraktionsvorsitzenden des Landtags über Bildungspolitik in der Einwanderungsgesellschaft

„Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen als Herausforderung für Schule und Bildung: Was tut Sachsen-Anhalt?“ – dieser programmatischen Fragestellung, unter die der diesjährige Politiklehrtages am 02. November 2016 gestellt war, wurde in vielfältiger Weise nachgegangen. Nach einem Grußwort der Staatssekretärin des Bildungsministerium Frau Koch-Kupfer wurde am Vormittag ausgehend von aktuellen Krisenherden das Migrationsrecht und die konkrete Situation in Sachsen-Anhalt in den Blick genommen. Über 120 Teilnehmer(innen) folgten im Roncalli Haus Magdeburg den Impulsvorträgen der Referenten Dr. Tankred Stöbe (Vorstand ‚Médécins sans frontières‘), Kathleen Neundorff (Martin Luther Universität Halle-Wittenberg) sowie Staatssekretärin Susi Möbbeck (Integrationsbeauftragte der Landesregierung).

Gemeinsam mit der Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen-Anhalt ist es dem Landesverband gelungen, fast alle Fraktionsvorsitzenden des Landtages für die anschließende Podiumsdiskussion zu gewinnen, die von Stephan Schulz (Redakteur beim MDR) moderiert wurde. Die Kolleginnen und Kollegen nutzen die Gelegenheit, den Politiker(inne)n Fragen zu stellen und die Situation an ihren Schulen zu schildern.

Am Nachmittag konnten die Teilnehmenden aus fünf praxisorientierten Workshops wählen. Angeboten wurden Workshops zu den Themen „Lehrerstrategien zur Arbeit mit latent oder manifest rechtsextremistischen Jugendlichen am Beispiel der Dorf-

gründungssimulation“ (Prof. Dr. Andreas Petrik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), „Umgang mit menschenfeindlichen Parolen im Unterricht“ (Prof. Dr. Michael May, Universität Jena), „Flüchtlings- oder Immigrantenkrisen? Eine Problemstudie zu den Herausforderungen für die BRD und EU“ (Mirko Bischoff, Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium Halle), zum Unterrichtsbeispiel „Die Problemstudie PEGIDA. Eine Unterrichtsreihe für die Sek I“ (Christian Fischer, Universität Rostock) und ein Planspiel zum Thema

„Flucht und Migration im europäischen Kontext“ (Andreas Muckenfuß, CRISP e. V. Berlin).

Der Landesverband erhofft sich einen doppelten Erfolg von der Tagung: Denn genutzt wurde auch die Gelegenheit, den Kontakt zum Bildungsministerium herzustellen, das bisher keinerlei Reaktion auf Stellungnahmen des Verbandes gezeigt hat.

Annette Adam (1. Landesvorsitzende)



Podiumsdiskussion (v. l. n. r.): Cornelia Lüddemann (Bündnis 90/Grüne), Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD), Siegfried Borgwardt (CDU), Stephan Schulz (Moderator/MDR), Swen Knöchel (Die Linke), André Poggenburg (AfD)

Foto: Annette Adam

Thüringen

Politiklehrrtag zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

Einer langen Tradition folgend richteten der Landesverband der DVPB Thüringen und dessen Kooperationspartner die Professur für Didaktik der Politik der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die Landeszentrale für politische Bildung und das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) am 27. Oktober an der Universität Jena den Politiklehrrtag aus. Da die Veranstaltung dazu dient, aktuelle Fragen und Probleme der Fachdidaktik in den Blick zu nehmen, stand das Thema „Flucht, Migration, Integration und politische Bildung“ im Fokus. Etwa 50 interessierte Sozialkundeführer(innen), Referendar(innen)e und Lehramtsstudierende folgten der Einladung, um sich in einem Vortrag und anschließenden Workshops sowohl aus theoretischer wie auch unterrichtspraktischer Perspektive mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Zunächst entwickelte Mirko Niehoff (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Berlin) in einem Vortrag ein Konzept für eine politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Da sich politische Bildung bereits auf Prinzipien wie Heterogenität und Multiperspektivität berufe, eine an universellen Werten orientierte Urteilsfähigkeit fördere und marginalisierte Gruppen als gleichwertig anerkenne, bedürfe sie keiner neuen Konzepte. Dennoch sei in der Praxis auf einen sensiblen Umgang mit Heterogenität zu achten.

In einem der beiden folgenden Workshops stellten Julia Thuncke und Johannes Bodensteiner von der Eventagentur Valentum (Regensburg) ein Planspiel zur Europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik vor, simulierten mit den Teilnehmer(inne)n einen kurzen Ausschnitt und reflektierten anschließend mit der Gruppe die gemeinsame Arbeit. Dabei wurde deutlich, dass ein entsprechend organisiertes Planspiel zur EU-Flüchtlings- und Asylpolitik Schüler(innen) nicht nur die Möglichkeit bietet, sich kritisch-reflektiert mit diesem Thema auseinanderzusetzen – mittels einer Simulation von EU-Politik kann auch praxisorientiert die Arbeit der europäischen Institutionen nachvollzogen werden.

Im zweiten Workshop sprachen Anselm Cypionka und Toralf Schenk (beide Fachleiter am Studienseminar Gera und Landesvorsitzende der DVPB) mit den Anwesenden darüber, wie mit der Flüchtlingsthematik im Sozialkundeunterricht umgegangen werden kann. Ausgehend von einer fachlichen und didaktischen Analyse des Krisenbegriffs wurden konkrete Entwürfe aus der eigenen Unterrichtspraxis präsentiert und mit den Teilnehmenden analysiert. Dabei zeigten sich einige Schwierigkeiten im praktischen Umgang mit der Thematik, die zu intensiven Diskussionen führten.

In der Abschlussrunde wurden die Ergebnisse der Workshopphase kurz zusammengefasst. Jetzt besaßen auch die Teilnehmenden des jeweils anderen Workshops die Möglichkeit Fragen zu stellen, was rege geschah.

Johannes Linkelmann (Landesverband)

Landesverband aktiv bei Fachtagung „Wohlfahrt ohne Wachstum“ im August

»So viel Krise wie jetzt war nie« – das denken momentan viele. Aufgrund der Flüchtlingsthematik geraten jedoch viele Krisen aus dem Blick: Die Wirtschaftskrise, das drohende Auseinanderbrechen der EU, das Erstarken (rechts-)populistischer Strömungen, das Auseinanderklaffen von Arm und Reich und last but not least: Die Klimakrise bzw. der ungebremste Raubbau am Planeten Erde. Wo liegt eigentlich das Problem? Oft ist die Rede von der »Alternativlosigkeit« derzeitiger Politikstile. Dabei werden die Stimmen derer, die nach alternativen Lösungsansätzen fragen, immer lauter.

Auf einer zweitägigen Tagung am 17. und 18. August in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungstätte Weimar (EJBW) befassten sich schulische und außerschulische Politische Bildnerinnen und Bildner mit tieferliegenden Ursachen heutiger Problemlagen und skizzierten mögliche Wege aus der Krise. Dabei richteten sie den Fokus auf die Frage, was eigentlich wirklich wichtig ist, wenn uns die heutige Lebensausrichtung eher einen permanenten Krisenmodus beschert.

Am ersten Tag setzten sich die Teilnehmenden in kontroversen Vorträgen mit den Themen „Kapitalismus vs. Demokratie in der Bildung“ (Prof. Dr. Tim Engartner, Frankfurt am Main) und „Gutes Leben in der Postwachstumsgesellschaft“ (Dr. Frithjof Reinhardt, Bad Berka/ Weimar) auseinander. Beide Vorträge hinterfragten kritisch das auf Wirtschaftswachstum basierende Gesellschaftssystem und suchten nach Spuren in der Ideengeschichte, die auf den Bruch hin zu einer auf reinen materiellen Wohlstand orientierten Lebensgestaltung schließen lassen.

Am zweiten Tag konnten die Teilnehmenden aus vier Workshopangeboten wählen, wobei die Fachseminarleiter Anselm Cypionka (1. Landesvorsitzender der DVPB) und Toralf Schenk (2. Landesvorsitzender) je einen Workshop im gesellschaftswissenschaftlichen Lernfeld anboten. Sie übertrugen das komplexe und abstrakte Thema des „Guten Lebens“ in konkrete Bildungsansätze und entwickelten mit den Teilnehmenden des Workshops Unterrichtsskizzen und -materialien für den Politik- und Geschichtsunterricht.

Aufgrund der großen Resonanz wird es 2017 eine Fortführung dieser Tagung in Weimar geben.

Benjamin Moritz (Landesvorstand)

Hessen

Deutsch-polnisches Seminar des Landesverbandes besuchte Olsztyn

In Kooperation mit der Fundacja Borussia Olsztyn und der Uniwersytet Warmiński-Mazurski (UWM) besuchte das deutsch-polnische Seminar des hessischen Landesverbandes der DVPB vom 29. September bis zum 03. Oktober Olsztyn (Allenstein) und Umgebung. Die 23 Teilnehmenden aus Schule und Hochschule begaben sich in die Grenzregion Ermland/Masuren, um eine Schnittstelle zwischen Deutschen und Polen kennenzulernen. Die politische Situation in Polen nach den Wahlen vom Oktober 2015 analysierte Uwe Hahnkamp (Radio Olsztyn). Er sieht in der Tragödie von Smolensk (10. April 2010) die Quelle der Energie, mit der der nationalkonservative Präsident Jarosław Kaczyński und die Regierungspartei PiS derzeit Polen verändert. Kaczyńskis berufe sich dabei darauf, den „unvollkommen“ Systemwechsel von 1989 zu vollenden. Die Vorsitzende der Fundacja Borussia Olsztyn, Kornelia Kurowska, nahm Bezug auf diese Ausführungen und bilanzierte: Es sei zu hoffen, dass Ermland-Masuren eine Grenzregion bleibt, die den offenen Dialog mit Litauern, Weißrussen oder Ukrainern suche, vor allem in der Zusammenarbeit mit jungen Menschen.

Die Bedeutung des Deutschen Ordens in Masuren betrachtete Jan Gancewski (UWM), denn mit der unterschiedlichen Bewertung von dessen Geschichte dringe man unmittelbar zum Kern der deutsch-polnischen Beziehungen bis in das 19. und 20. Jahrhundert vor. Ein Besuch in der Deutschordensburg von Olsztyn widmet Nikolaus Kopernikus eine eigene Präsentation. Magdalena Walkuska erläuterte diese Zusammenhänge. Der Stamm der Prußen (auch Pruzzen oder Preußen genannt) wurde durch die Ordensritter dezimiert. Eines der ganz wenigen Zeugnisse der



Workshop „Planspiel zur Europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik“ (v. l. n. r.): Johannes Bodensteiner und Julia Thuncke (Eventagentur Valentum; Moderation des Workshops), Mirko Niehoff (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus), Dr. Sigrid Biskupek (ThILLM), weitere Teilnehmende



Dr. Hans-Joachim Kraschewski führt die Teilnehmenden im „Centrum Techniki Rozwoju Regionu“ (Olsztyn) in das Referat von Prof. Dr. Volker Nitzschke ein.

Foto: Reinhold Lütgemeier-Davin



Tagungsteilnehmende in der Fundacja Borussia kurz vor dem Referat von Kornelia Kurowska.

Foto: Reinhold Lütgemeier-Davin

preußischen Kultur stellt die Babe dar, eine steinerne weibliche Figur.

Olsztyn in Geschichte und Gegenwart analysierte der regionale Historiker Rafał Bętkowski anhand von historischen Ikonographien, die er mit der Stadtentwicklung in der Gegenwart verglich. Seine kritischen Anmerkungen galten der in den Jahren 1950 bis 1955 historisierend neu aufgebauten Altstadt. Volker Nitzschke (Wiesbaden) betrachtete die landwirtschaftlichen Strukturen in Polen und Deutschland.

Durch die Ruine des Schlosses Lehndorff (Steinort/Sztynort) führte Piotr Wagner (Giżycko), der das prächtige Anwesen zu einem internationalen Begegnungszentrum aufbaut. Nur 15 km entfernt (bei Gierłoż) lag Hitlers Hauptquartier Wolfsschanze, wo Stauffenberg am 20. Juli 1944 das Attentat auf den

Diktator ausführte. Zur Erkundung Ermlands und Masurens gehört eine Schifffahrt von Mikołajki/Nikolaiken aus nach Rudziane-Nida, um dem fernen nahen Land intensiv zu begegnen. In Wojnowo (Eckertsdorf) liegt das 1836 gegründete Kloster der Altgläubigen (Philipponen), eine sektiererische Abspaltung von der russisch-orthodoxen Kirche. Der Schriftsteller Ernst Wiechert (Piersławek), gehört mit seinem 1995 renovierten Försterhaus in diesen Kontext wie das Dorf Krutyń mit kristallklaren Wasserläufen. Eine südländisch anmutende Doppelturmfassade, deren barocke Züge nicht mit dem vom Backstein geprägten Masuren kompatibel sind, zeigt Święta Lipka (Heiligenlinde, 1687 bis 1693 errichtet).

Mythos Grunwald/Tannenberg: 1410/1914 sind die Daten dieser Schlachtfelder. Nach nationaler Les-

art ging es beim ständigen Ringen zwischen Slawen und Germanen um die Vorherrschaft in Ostmitteleuropa (Reinhold Lütgemeier-Davin, Kassel). Wir sahen die Vorzüge und Probleme einer Region, die einerseits noch geprägt ist von traditionellen Denkmustern, in der sich andererseits junge Menschen unter schwierigen politischen Rahmenbedingungen dafür einsetzen, dass historisch-politische Bildung ohne nationale Fixierungen vermittelt wird.

Dr. Hans-Joachim Kraschewski (Landesverband)

Mecklenburg-Vorpommern

Jahreskongress zur politischen Bildung erstmals mit Preisverleihung durch den Landesverband

Am 06. Oktober 2016 hatte die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern in Kooperation mit dem Landesverband der DVPB zum Jahreskongress nach Neubrandenburg geladen.

Über 180 Teilnehmende aus dem Bundesland fanden sich zum Thema „Zwischen Willkommen und Ablehnung – Migration und Integration als Herausforderungen für die politische Bildung“ zu Vorträgen und Workshops ein. Ein Höhepunkt für die DVPB war die Verleihung des Preises für politische Bildung. Zum ersten Mal hatte der Verband Lehrerinnen und Lehrer aufgerufen, herausragende Arbeiten von Lernenden einzureichen, die sich mit Fragen von Politik und Gesellschaft befassen.

Für die Übergabe des Preises konnte die wiedergewählte langjährige Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) gewonnen werden. In Ihrer Ansprache würdigte sie die Arbeit der politischen Bilderinnen und Bildner wie vor allem auch der Sozialkundefachlehrerinnen und Lehrer, die sich für die Stärkung der politischen Bildung einsetzen. Dabei wies sie auch auf die Forderung der DVPB hin, das Fach Sozialkunde zum durchgängig zweistündigen Unterrichtsfach in allen Schulformen auszubauen.

Den diesjährigen Preis erhielt Andreas Uhlmann, der sich im Rahmen seiner Facharbeit am Richard Wossidlo Gymnasium in Waren mit dem Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung beschäftigt hat. Frau Bretschneider bedankte sich auch bei der betreuenden Lehrerin Frau Maria Stöckel.

Die DVPB überreichte Frau Stöckel in Kooperation mit dem Westermann Verlag ein Bücherpaket sowie dem Schüler einen Gutschein.

„Für uns ist dieser Preis ein Instrument, die Bedeutung politischer Bildung in den Schulen zu betonen“ hob die Landesvorsitzende Gudrun Heinrich hervor. „Umso mehr freut es uns, dass uns die Landtagspräsidentin in diesem Anliegen unterstützt hat.“ 2017 wird der Preis erneut ausgeschrieben. Arbeiten können bis 01. April 2017 eingereicht werden. Nähere Hinweise zum Preis und zu Möglichkeiten der Einreichung finden sich auf der Seite des Landesverbandes.

Für das 1. Quartal 2017 ist zudem der Sozialkundefachlehrertag mittlerweile traditionell im Programm verbucht: Er wird im März 2017 in den Räumen der Universität Rostock stattfinden. Unter der Über-



v. l. n. r.: Preisträger Andreas Uhlmann; Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider; Maria Stöckel (Lehrerin) und Dr. Gudrun Heinrich (DVPB)

schrift „Demokratie und Streit“ wird Frau Rike Trimcev von der Universität Greifswald über die demokratietheoretischen Fundamente des scheinbaren Spannungsverhältnisses sprechen. In einer Podiumsdiskussion sollen anschließend mögliche Grenzen des Streitbaren ausgelotet werden, um in verschiedenen Workshops Unterrichtssequenzen, Methoden und Formate zu erproben.

Für das Frühjahr 2017 wird der Landesverband zudem die neue Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Birgit Hesse (SPD) zur Diskussion über den Stellenwert politischer Bildung in Mecklenburg-Vorpommern einladen.

Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage des Landesverbandes oder im Newsletter, für den man sich per E-Mail eintragen kann.

Dr. Gudrun Heinrich (1. Landesvorsitzende)

Stahl und aus Eichstätt war Prof. Dr. Bernhard Sutor angereist.

In einer kurzen Einführung schilderte der DVPB-Landesvorsitzende Michael Sauer kurz die Intention des Preises und begründete aus Sicht des Landesverbandes die Preiswürdigkeit von Hans Buchheim: „Es ist uns mit diesem Preis wichtig, nicht nur die Fachdidaktik und die schulische Politische Bildung als preiswürdig herauszustellen, sondern die Politische Bildung in ihrer ganzen Breite zu erfassen. So steht bei Ihnen, sehr geehrter Prof. Buchheim, die Politikwissenschaft mit ihrem enormen Einfluss auf die Politische Bildung in Rheinland-Pfalz im Zentrum der Auszeichnung.“

Staatssekretär Hans Beckmann, der vor 30 Jahren bei Prof. Dr. Buchheim studiert und von ihm selbst im Examen geprüft worden war, wies in seinem Grußwort aus Sicht des Landes auch auf die besondere Bedeutung Buchheims als „Geburtshelfer“ für die

Universitäten Trier und Kaiserslautern hin. Er dankte ihm mit den Worten: „Vor allem aber haben Sie Generationen von politischen Bildnern – und ja auch politisch Verantwortlichen in unserem Land geprägt. Ihr Verfassungsverständnis, die Fragen zum Wesen und zur Praxis der Politik, die Sie aufgeworfen haben, und die Antworten, die Sie gegeben haben, haben unser Land und unsere Schulen geprägt und tun es noch heute“. [...] Sehr geehrter Herr Professor Buchheim, das Land Rheinland-Pfalz ist Ihnen zu großem Dank verpflichtet. Dass Sie heute mit dem Bernhard-Sutor-Preis für besondere Verdienste um die Politische Bildung in Rheinland-Pfalz ausgezeichnet werden, ist deshalb nur folgerichtig. Ich gratuliere Ihnen herzlich und danke Ihnen für Ihr Wirken.“

Anschließend hielt Prof. Dr. Bernhard Sutor die Laudatio. Er sah die besondere Bedeutung Hans Buchheims vor allem darin, der Politischen Bildung ein „tragfähiges theoretisch-wissenschaftliches Fundament zu gewinnen“. Er habe sich möglicherweise gerade deshalb so verdient gemacht, weil er „nicht unmittelbar über Politische Bildung arbeitete“. Herr Sutor schloss mit den Worten: „Es ist deshalb mehr als angemessen, dass Ihnen der Preis für Verdienste um die Politische Bildung verliehen wird. Auch wenn dieser Preis meinen Namen trägt, so gilt doch für unser beider wissenschaftliches Verhältnis: Der Meister sind Sie, ich bin Ihr Schüler“.

Prof. Dr. Hans Buchheim bedankte sich für den Preis und die damit verbundene Würdigung. In seiner Dankesansprache verdeutlichte er den Anwesenden sein Forschungsverständnis und sein „Handwerk“. Sein Werk beruhe auf „Fleiß, genauem Hinsehen und guten Ideen“. Er wünschte abschließend den Politischen Bildnern im Land viel Erfolg bei ihrer „außerordentlich wichtigen aber auch sehr schwierigen Aufgabe“.

Die vollständigen Redetexte und weitere Fotos finden Sie auf der Homepage des Landesverbandes (<http://www.dvpb-rlp.de/veranstaltungen-1/sutor-preis/>).

Anmerkung

Prof. Hans Buchheim ist am 14. November 2016 im Alter von 94 Jahren verstorben.

Der Landesvorstand

Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Hans Buchheim erhält den „Bernhard-Sutor-Preis“ des Landesverbandes

Am 28. September 2016 wurde der „Bernhard-Sutor-Preis für besondere Verdienste um die Politische Bildung in Rheinland-Pfalz“ an Prof. Dr. Hans Buchheim verliehen.

Die Preisübergabe fand im Haus von Herrn Buchheim in kleinstem Kreis statt. Aus gesundheitlichen Gründen war es dem Preisträger, der sich im 95. Lebensjahr befindet, nicht möglich, einer öffentlichen Preisverleihung beizuwohnen.

Der Landesverband der DVPB wurde bei den Feierlichkeiten durch den geschäftsführenden Vorstand vertreten, das Bildungsministerium durch Staatssekretär Hans Beckmann und seinen Referenten Heiko



Preisverleihung im Arbeitszimmer des Preisträgers (hintere Reihe v.l.n.r.: Schatzmeister Volker Rith, 1. Landesvorsitzender Michael Sauer, 2. Landesvorsitzender Björn Kilian; vordere Reihe v. l. n. r.: Dr. Christl Blank, Staatssekretär Hans Beckmann, Prof. Dr. Hans Buchheim, Prof. Dr. Bernhard Sutor)



„... systematisch vergleichbar gemacht“!

Kerstin Pohl (Hrsg.): Positionen der politischen Bildung 2. Interviews zur Politikdidaktik. Schwalbach/Ts.: Wochenschau 2016, 560 S., 32.90 Euro

Nach 2004, als die erste Ausgabe des Interviewbuches zur politischen Bildung (vor allem zur Politikdidaktik) in der Schule veröffentlicht wurde, ist jetzt 12 Jahre später die zweite Auflage in ergänzter und neu bearbeiteter Weise erschienen. Da die politische Bildung und die Politikdidaktik in dieser Zeit von zahlreichen neuen Inhalten und Diskursen bestimmt waren, neue Fragestellungen hinzugekommen sind und teilweise auch ein Generationswechsel bei den Professuren für politische Bildung zu verzeichnen war, ist – wie die Herausgeberin zu Recht betont – eine Neuauflage zwingend notwendig geworden. In dieser kommen sinnvollerweise die vor 1935 geborenen Didaktiker, die sich mit eigenen Beiträgen in den letzten Jahren nicht mehr geäußert haben, nicht mehr zu Wort. Waren es bei der ersten Ausgabe noch 17 führende Politikdidaktikerinnen und –didaktiker, so sind es jetzt 28 (18 davon neu aufgenommen), die Stellung nehmen zu Inhalten, Zielen, Methoden, Medien der politischen Bildung in der Schule und die auf die Kontroversen in der Politikdidaktik eingehen. Damit kann vom Leser gut nachvollzogen werden, was sich der Zeit in den fachdidaktischen Diskursen verändert hat und wo es Kontinuitäten gibt.

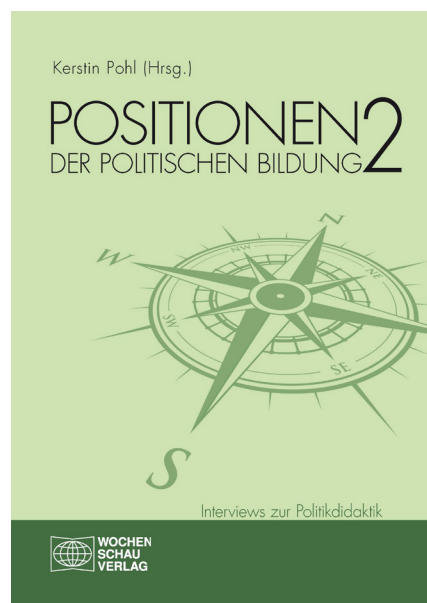
Was schon in der Erstausgabe im Vorwort in ähnlicher Weise von Walter Gagel festgestellt wurde, gilt erst recht für die Neuauflage: Es liegt eine Publikation vor, in welcher in analytisch überzeugender und vor allem systematischer Weise heutige Positionen der politischen Bildung/Politikdidaktik aufgeschlüsselt und vor allem auch vergleichbar gemacht werden. Alle interviewten Fachdidaktiker mussten sich wie bereits in der Erstausgabe Interviewfragen stellen, die in zwölf Blöcken mit Haupt- und Unterfragen aufgeteilt sind. Trotz einer solchen kriterialen Systematik ermöglicht dieser Zugriff den Interviewten, sich als Person und mit wichtigen Arbeitsfeldern vorzustellen, aber sich auch mit den jeweiligen Auffassungen zu zentralen Fragestellungen und Kontroversen der politischen Bildung/Politikdidaktik in einem begrenzten Umfang pointiert zu äußern. Vor dem Hintergrund neu aufkommender Grundsatzfragen ist der Fragenkatalog modifiziert worden. Zum Spektrum der fach-

lichen Fragen gehört jetzt auch das Erkunden nach dem Verständnis des Autors bzw. der Autorin vom Demokratiebegriff und vom Demokratie-Lernen, was angesichts der inzwischen abgeebbten Kontroverse zwischen Demokratiepädagogik und Politikdidaktik als erhellend und notwendig angesehen wird, weil so in maßgeblicher Weise demokratietheoretische Fragen aus unterschiedlichen Positionen geklärt werden können. In den anderen Frageblöcken gibt es Ergänzungen und Präzisierungen; so wird beim Politikbegriff nach der Breite des Faches und damit danach gefragt, ob Politik der Kern sein soll, aber auch danach, ob der Politikunterricht ein „normales“ Fach wie andere Fächer auch sei und ob ein solcher Unterricht für und in der Demokratie eine besondere Rolle spielen solle. Das bisherige Fragespektrum nach den Inhalten des Politikunterrichts ist um die Einschätzung der Kompetenzorientierung und ihres Verhältnisses zur politischen Bildung sowie um Stellungnahmen zur Diskussion um Basis- und Fachkompetenzen erweitert worden. Die Vorstellungen zu den Unterrichtsmethoden des Politikunterrichts erfahren eine Ergänzung durch die Frage nach der Rolle von Massen- und Unterrichtsmedien. Da die Politikdidaktik in den letzten Jahren auch zunehmend die Lernprozesse ihrer Adressaten in den Blick genommen hat, ist ein Frageblock zu Lernprozessen und Schülervorstellungen

aufgenommen worden, während die Frage nach dem Theorie-Praxis-Verhältnis zwischen Politikdidaktik und Politikunterricht entfallen ist. Ein Resümee, das die Ergebnisse der Befragungen aus der Perspektive der Herausgeberin auswertet und soweit möglich in eine Zusammenfassung bringt, schließt den Band ab.

Auch wenn die Neuauflage sich stärker als die Erstausgabe darum bemüht, der Pluralität der Politikdidaktik und ihren differenten Strömungen Rechnung zu tragen, so ist leider doch festzustellen, dass es konzeptionelle Ansätze gibt, die nicht berücksichtigt wurden bzw. die breiter hätten vertreten sein sollen, um Diskursausschlüsse zu vermeiden. Möglicherweise schlägt sich die eigene Position der Herausgeberin deshalb nicht nur in der Zusammenfassung nieder, sondern schon in der Auswahl der Interviewten. Dies wird bspw. daran deutlich, dass Politik als Proprium bzw. als Kern und die Politikwissenschaft als integrative Leitdisziplin – abgesehen von zwei Autoren – (mit Nuancierungen im Detail) aufgefasst wird. Auch wenn dies keineswegs als ein Plädoyer für einen monoparadigmatischen Ansatz verstanden werden darf, so erstaunt es, dass Hochschullehrer/innen, die sich um einen integrativen sozialwissenschaftlichen Rahmen bemühen, also bspw. Reinhold Hedtke oder Bettina Zurstroffen, in dem Interviewband vergeblich gesucht werden. Auch Autorinnen und Autoren, die explizit für eine soziologische Perspektive in der politischen Bildung eintreten und die in dem 2013 erschienen Buch „Politische Bildung zwischen Politisierung, Partizipation und politischem Lernen. Beiträge für eine soziologische Perspektive. Weinheim und Basel: Beltz Juventa 2013“ ihre Vorstellungen unterbreitet haben, sind ebenfalls nicht vertreten.

Angesichts der Debatten um den Fortbestand bzw. um eine Neuformulierung des Beutelsbacher Konsens und über die Frage, ob politische Bildung heute per se kritisch ist bzw. ob diese Akzentuierung notwendig ist und was „Kritische Politische Bildung“ heute konkret heißt, wäre auch hier eine größere Präsenz von Autorinnen und Autoren, die der „Kritischen Politikdidaktik“ zuzurechnen sind, wünschenswert gewesen. Erfreulich aber ist, dass solche Vertreter wie Gerd Steffens, Bernd Overwien, Andreas Eis und Tim Engartner berücksichtigt wurden. Diese hier geäußerte Kritik in diesem einen Punkt weiß darum, dass eine solche Veröffentlichung in ihrem Umfang begrenzt ist und dass evtl. auch angesprochene Interviewpartner abgesagt haben. Stellt man dies in Rechnung, dann relativiert sich dieser Einwand und der gelungene Gesamteindruck dominiert.



Insgesamt setzt der vorliegende Band deshalb in positiver Weise fort, was schon bei der Erstauflage zu erkennen war. Dabei wird das Spektrum der Darstellung um viele wichtige und neue Fragen (nicht um alle) in der Politikdidaktik erweitert. Die wirklich lohnende Lektüre fordert dazu auf und macht Mut, sich mit den unterschiedlichen Vorstellungen der Fachdidaktikerinnen und –didaktiker bzw. politischen Bildnerinnen und Bildner vertiefter zu befassen. Kerstin Pohl als Herausgeberin ist auch mit der Neuausgabe erneut ein Buch gelungen, das nicht nur in die Hand von Studenten und Studentinnen und Lehramtsanwärterinnen und –anwärtern für das Unterrichtsfach „Politische Bildung“ bzw. Sozialwissenschaften gehört, sondern auch in die von erfahrenen Fachlehrerinnen und -lehrern, die mit Hilfe der Lektüre ihr Professionswissen im Bereich der Politikdidaktik und der politischen Bildung erweitern und aktualisieren können. Viele der Interviews ermöglichen nicht nur Einblicke in den persönlichen Hintergrund der Autoren, sondern gerade die fachdidaktischen Kontroversen, das dargelegte Politik- und Demokratieverständnis und die politikdidaktischen Prinzipien in den einzelnen Darlegungen geben auch Anregungen und Impulse, sich in Fachkonferenzen an einer „Lernenden Schule“ damit intensiver zu beschäftigen, um daraus in verbindlicher Weise Konsequenzen für ein abgestimmtes Unterrichtshandeln zu ziehen, z. B. im Kontext der Erstellung des schuleigenen Lehrplans. Insbesondere Novizinnen und Novizen in der politischen Bildung, die einen Überblick über inzwischen stark ausdifferenzierte Politikdidaktik erhalten wollen, erhalten in der Veröffentlichung viele Anregungen, die das Interesse an weiteren Entdeckungen fördert. Insofern ist dem Band eine weite Verbreitung zu wünschen.

Gernod Röken (Offen)

Eine marktfreundliche aber machtfreundliche Theorie

Moritz Peter Haarmann: Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein. Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2015. 574 S., 69,99 Euro.

Es mag überraschen, dass hier eine sehr eigenständige Arbeit mit dem Untertitel „Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung“ vorgelegt wird. Leicht hätte sich der Autor den handelsüblichen wirtschaftswissenschaftlichen Interpretationen zu Walter Eucken anschließen und ein weiteres Loblied auf den maßgeblichen Ideengeber der existierenden, als sozial bezeichneten Marktwirtschaft singen können. Doch Moritz Peter Haarmann geht in der vorliegenden Arbeit seinen allmählich gewachsenen und auch durch Unterrichtserfahrungen gestärkten Zweifeln an den üblichen apologetischen Lobpreisungen von Walter Eucken als Vater der real existierenden Marktwirtschaft nach. Da diese Lobpreisungen auch in einigen Unterrichtswerken zum Fach Wirtschaft/Politik enthalten sind, fühlte er sich in seinem wissenschaftlichen Klärungsbedürfnis desto stärker herausgefordert.

Die marktradikale (neo-liberale) Sichtweise auf Walter Eucken geht von einem sehr engen ökonomischen Menschenbild und von einem ebenso engen auf den freien Markt fixierten Wirtschaftsmechanis-

mus aus. Im Mittelpunkt dieser Sichtweise steht das Bild des „homo-oeconomicus“ als Ausgangspunkt und Leitbild der entsprechenden ökonomischen Bildungsbemühungen. Im Gegensatz zur Idee einer „reinen“ Wirtschaftslehre und einer mono-disziplinär angelegten sowie mono-theoretisch aufgeladenen Wirtschaftsdidaktik hält Haarmann an einer disziplinären Doppelfunktion des Unterrichtsfaches Wirtschaft/Politik fest. Den politologisch und politikdidaktisch wichtigen Kern bildet für Haarmann – mit Walter Eucken – die Analyse wirtschaftlicher Macht. Haarmann kritisiert, dass sich eine Reihe prominenter Wirtschaftsdidaktiker offensichtlich zu Sprechern einer mono-disziplinären und mono-theoretischen Sicht gemacht haben.

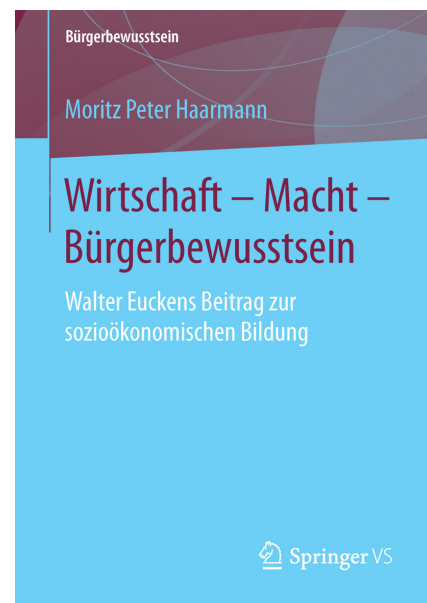
In einem tiefgreifenden Problemaufriss geht Haarmann zu den Quellen der marktfreundlichen und doch machtfreundlichen Ursprungsanalysen von Walter Eucken zurück. Der Autor erinnert an Euckens Ansatz einer „Interdependenz der Ordnung“. Haarmann selbst plädiert parallel zu diesem Interdependenzgedanken für eine Interdependenz der pädagogisch-didaktischen Bezugsdisziplinen von Wirtschaft und Politik.

Im Kern schließt sich der Autor bei seiner Analyse des Denkens von Walter Eucken der Interpretation des Enkels von Walter Eucken, Walter Oswald, an. Danach sei die Zentralidee seines Großvaters die Verhinderung der Entstehung wirtschaftlicher Macht gewesen. Walter Oswald stellt als Leiter des Walter-Eucken-Archivs in Freiburg einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem machtkritischen Walter Eucken und der später neoliberal geglätteten Eucken-Rezeption der orthodoxen Wirtschaftswissenschaft fest.

Haarmann zieht vor allem Aufsätze von Walter Eucken aus dessen früherer Schaffenszeit heran, die wichtigen Elemente des späteren machtfreundlichen Konzepts der funktionalen Wettbewerbsordnung von Eucken enthalten. Hier arbeitet Haarmann die Entwicklung eines Lehr- und Forschungszirkels um Walter Eucken herum heraus, der später die „Freiburger Schule“ genannt wird.

Unser Autor setzt sich intensiv mit der 1940 veröffentlichten Arbeit von Eucken über die „Grundlagen der Nationalökonomie“ auseinander. Der Autor widmet sich dann der weiteren Grundlagenarbeit unter dem Titel „Wettbewerb als Grundlage der Wirtschaftsverfassung“ aus dem Jahre 1942. Walter Euckens Wirken in der Nachkriegszeit schlägt sich, wie Haarmann wiederum sehr deutlich und eingehend darstellt, bis zu dessen plötzlichem Tod im Jahre 1950 vor allem in seinem posthum herausgegebenen Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ nieder. Gerade in diesem Werk hält Eucken, wie Haarmann mit sicherer Hand belegt, ein Plädoyer für eine machtkritische Wettbewerbsordnung, wobei er das ganze Feld der wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsmöglichkeiten des Staates aufzeigt. Gerade hier offenbart sich, dass der Begriff der marktfreundlichen, aber machtfreundlichen Theorie bei Walter Eucken zu Recht und begründet gewählt ist.

Haarmann sagt von sich selbst, dass er im Laufe der Arbeit an dieser Studie einen wahrhaft „qualenden“, aber doch höchst produktiven Erkenntnisprozess durchlaufen habe (S. 404). Besonders hervorzuheben ist die überwältigende Literatur- und Quellenkenntnis des Autors. Die teilweise recht ausführlichen Anmerkungen öffnen für sich selbst jeweils neue Perspektiven und vertiefen das im Text Gesagte mit



inspirierender Sachkenntnis und beeindruckender Übersicht.

Der Autor öffnet mit seinem Werk einen kritisch-differenzierten Blick auf das Fach Wirtschaft/Politik, der diesem Fach wichtige neue Impulse gibt. So wird dieses Buch zu einer dringend empfohlenen Lektüre für alle Lehrenden des Faches Wirtschaft/Politik.

Gerhard Himmelmann (Braunschweig)

Eine neue Lernform unter der Lupe: theoretisch, praktisch, empirisch

Andreas Fächter: Lernlandschaft Globalisierung-Grundlegung einer geöffneten Unterrichtsform für den politisch-sozialwissenschaftlichen Unterricht der Sekundarstufe II. (Reihe: Erfahrungsorientierter Politikunterricht. Band 2). Immenhausen bei Kassel: Prolog-Verlag 2014, 361 S., 34,80 Euro

Andreas Fächter bietet mit der Veröffentlichung seiner im Oktober 2014 abgeschlossenen Dissertation unter dem Titel „Lernlandschaft Globalisierung-Grundlegung einer geöffneten Unterrichtsform für den politisch-sozialwissenschaftlichen Unterricht der Sekundarstufe II.“ einen Vorschlag für ein innovatives, theoretisch solide fundiertes Unterrichtsformat mit hohem praktischen Anwendungspotential.

Fächter beginnt seine Grundlegung mit einer Bestandsaufnahme des schulischen Implementationsraumes und reflektiert Bedingungen, Notwendigkeiten und Herausforderungen an einen guten, wirksamen politisch-sozialwissenschaftlichen Unterricht in der gymnasialen Oberstufe (Kapitel 1, S. 15-67). Unter weiträumiger Berücksichtigung des aktuellen Standes des fachdidaktischen Diskurses präpariert er drei didaktisch-inhaltliche sowie sieben didaktisch-methodische Güteurteile heraus, die er als Forschungsfragen umformuliert und auf die Bedingungen und Möglichkeiten der Unterrichtsform Lernlandschaft überträgt. Ein abschließendes Zwischenfazit sichert diesen Schritt ab und leitet über zum konzeptionellen zweiten Teil der Arbeit.

Der Hauptteil der vorliegenden Arbeit, Kapitel 2 (S. 73-284) gliedert sich in drei Unterkapitel. Zunächst erörtert Fächter ausführlich die didaktische Konzeption der Unterrichtsform *Lernlandschaft* (S. 74-178). Diese Erörterung setzt an bei einer Darlegung der didaktisch-inhaltlichen Strukturierung der unterrichtlichen Makrostruktur *Lernlandschaft* (S. 77-112), und geht sodann über zu einer Konkretisierung der inhaltlichen Ausgestaltung einer Lernlandschaft *Globalisierung* (S. 113-157). Im Anschluss daran werden didaktisch-methodische Aspekte der mikrostrukturellen *Lerninseln* behandelt (S. 158-178). Das zweite Unterkapitel konzentriert sich auf unterrichtsgestalterische Potentiale von Lernlandschaften (S. 179-269), während im dritten Teil eine Reflexion der Voraussetzungen und Kompetenzen der am „lernlandschaftlichen“ Prozess Beteiligten erfolgt (S. 270-284).

Im dritten, empirischen Teil dieser Arbeit stellt Fächter zunächst Ergebnisse von Evaluationen im Rahmen von Lehrerweiterbildungen zum Thema Unterrichtsform *Lernlandschaft* dar, die einen hohen Gebrauchswert und eine hohe Annahmebereitschaft durch Praktiker andeuten, und er arbeitet außerdem Empfehlungen für die Entwicklung von Lernlandschaften zu anderen Inhaltsfeldern heraus (S. 285-303). Im bilanzierenden vierten Kapitel zieht Fächter ein Fazit in Hinblick auf Möglichkeiten und Voraussetzungen der hier gewählten Unterrichtsform (S. 303-318) und beendet das Buch mit einem Ausblick (S. 319f.). Der Anhang besteht aus einer prägnanten, kompetenz- und wissensdifferenzierenden Zusammenschau der einzelnen Lerninseln der Lernlandschaft *Globalisierung*, sowie aus den didaktischen Karten der einzelnen Lerninseln (S. 321-342).

Fächter entwirft mit diesem Buch einen vielversprechenden mittleren Weg zwischen linearem und offenem Unterricht, begründet die Unterrichtsform theoretisch sehr detailliert und bietet überdies mit einem konkreten Handlungsplan für das Themenfeld *Globalisierung* ein solides Maß an anschaulicher, praktischer Verankerung, zu der auch die zahlreichen Arbeitsmaterialien beitragen. Dem Buch liegt eine CD-ROM mit den ausgewählten Arbeitsmaterialien bei, die mit dem Erwerb frei nutzbar und anpassbar sind. Eine Navigationsmaske würde dieser CD-ROM

jedoch im Sinne der Nutzerfreundlichkeit gut zu Gesicht stehen.

Insgesamt ist der theoretische Begründungsanteil bei dieser Fundierung naturgemäß recht hoch, umso erstaunlicher ist es, wie es Fächter gelingt, das komplexe Themenfeld *Globalisierung* in diesem Rahmen systematisch und anschaulich fruchtbar zu machen, und somit einen wirklich brauchbaren, anschlussfähigen praktischen Teil zu integrieren. Sollte das Fundament für diese Unterrichtsform solide genug sein, so wäre eine zweite, noch mehr auf den Praktiker zugeschnittene Auflage sicherlich sehr gewinnbringend für die Weiterentwicklung eines wirksamen sozialwissenschaftlichen Schulunterrichts im Rahmen der Unterrichtsform *Lernlandschaft*.

Florian Fischer (Hannover)

Demokratie jenseits von Gründen und Subjekten

Oliver Flügel-Martinsen: Befragungen des Politischen. Subjektconstitution – Gesellschaftsordnung – Radikale Demokratie. Wiesbaden: Springer VS 2016. 284 S., 34,99 Euro

Die Ereignisse der letzten Jahre lassen die Fragen nach den Grundlagen demokratischen Zusammenlebens immer dringlicher erscheinen. Es zeichnen sich Spaltungen und Radikalisierungen ab, in deren Zuge gemeinsame Grundlagen in ungewohnter Radikalität in Frage gestellt werden. Geteilte Überzeugungen und vor allem der Glaube an deren Wahrheitsgehalt scheinen abhandengekommen. Die vielberedete Bezeichnung „Lügenpresse“ bezeugt diese Tendenz auf schärfste und offenbart gleichzeitig eine gewisse Hilflosigkeit der Verteidiger der Demokratie: Der Rückgriff auf Fakten, Richtigstellungen und vermeintlich objektifizierbare Darstellungen scheint keine argumentative Kraft mehr zu entfalten. Eine Tendenz, die sich jüngst ebenfalls im Präsidentschaftswahlkampf der USA oder der Debatte um den Brexit gezeigt hat und unlängst unter der Bezeichnung „post-truth politics“ firmiert.

Ist damit die Achillesverse demokratischer Gesellschaften aufgedeckt oder liegt paradoxerweise gerade im Verzicht auf letzte Gründe und Wahrheiten die eigentliche Stärke einer demokratischen Haltung?

Oliver Flügel-Martinsens Monographie „Befragungen des Politischen“ lässt sich als Versuch verstehen, dieser Frage nachzugehen. Dabei verdeutlicht der Autor in wünschenswerter Klarheit von Anbeginn an, dass er an eine solche Möglichkeit glaubt. Er traut ihr sogar zu, aus lieb gewonnenen, aber hinderlichen Denkfiguren der politischen Philosophie herauszuführen. Diese Denkfiguren bestünden in zwei grundlegenden Mustern: zum einen setze die politische Philosophie spätestens seit Hobbes ein fertiges Subjekt vor der Konstitution demokratischer Gesellschaften voraus. Zum anderen würden die meisten Einlassungen der politischen Philosophie einem Begründungszwang unterliegen. Er widerspricht dem: Es gelte keineswegs als ausgemacht, dass Subjekte stets gesellschaftlichen Strukturen vorausgingen und diese Strukturen damit eine Lösung für die Konkurrenz individueller Interessen darstellten. Vielmehr entstünde erstmals durch gesellschaftliche Strukturen die Möglichkeit, individuelle Interessen zu artikulieren. Ebenso sei zweitens



der Begründungszwang als solcher aufzuheben. Die Unterstellung, Vorkommnisse, Übereinkünfte und Institutionen beruhen jeweils auf einem vernünftigen Grund (sei dieser auch nur kontrafaktisch unterstellt), sei ihrerseits nicht begründbar. An der Notwendigkeit von Begründungen festzuhalten, bedeute deshalb nicht weniger als der Welt Gründe aufzuzwingen – auch dort, wo es möglicherweise keine gibt.

Diesen Ausgangspunkt rekonstruiert Flügel-Martinsen theoriehistorisch an fünf Autoren (Hegel, Marx, Nietzsche, Foucault und Derrida) ohne dabei einen systematischen Zusammenhang zu behaupten. Vielmehr verdeutlicht der Autor an den Autoren jeweils Schlaglichter auf eine Denkbewegung, die letztlich eine Perspektive auf die Möglichkeit freigibt, Subjektivität und Wahrheit jenseits ihrer begrifflich-begründenden Fest-Stellung zu denken. Konsequenter wird im letzten Kapitel ein Ausblick auf eine postfundamentalistische Lesart der Demokratie skizziert. Flügel-Martinsen sieht im „Modus der Befragung“ (196) einen möglichen Grundsatz für eine Theorie des Politischen. Auf die oben geschilderte Ausgangssituation bezogen, könnte dem Infragestellen von Selbstverständlichkeiten ein Modus der Selbstbefragung entgegengesetzt werden: die Demokratie müsste sich nicht auf erstarrte Prinzipien und Verfahren zurückziehen, sondern könnte im gemeinsamen Hinterfragen um die Grundsätze erstarken.

Der Text ist von erfreulicher Klarheit und zeigt systematisch Anschlussmöglichkeiten für die in der Didaktik verbreitete sokratische Methode auf. Dass Flügel-Martinsen teilweise auf bereits erschienene Texte zurückgreift, tut dem Lesefluss und der Gedankenführung keinen Abbruch. Für die mit der einschlägigen Diskussion vertrauten Leser bleiben am Ende nur wenige Fragen offen. So ist die Auseinandersetzung mit den in der deutschsprachigen Diskussion vielbeachteten Positionen von Marchart und Mouffe zwar ausgesprochen erhellend. Allerdings könnte die Gegenperspektive des Autors hier etwas deutlicher konturiert werden. Ebenso bleibt die im gesamten Text immer mal wieder aufscheinende ästhetische Dimension zu wenig ausgearbeitet.

Werner Friedrichs (Bamberg)



„... klug und klar geschrieben“

Jan-Werner Müller: Was ist Populismus. Ein Essay. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 160 S., 15,00 Euro (auch als Band 1752 der Schriftenreihe bei der Bundeszentrale für politische Bildung, 4,50 Euro)

Wer nach dem Brexit-Votum der Briten und dem Wahlsieg von Donald Trump in den USA und vor der Präsident/innen-Wahl in Frankreich und der Bundestagswahl im kommenden Jahr weiter verstehen will, wie Politik in diesen Zeiten funktioniert, muss wissen, was Populismus ist und was dabei der Unterschied zwischen Rechts- und Links-Populismus sein könnte. Der junge deutsche Politikwissenschaftler Professor Jan-Werner Müller (geb. 1970 in Bad Honnef) hat in der Mitte dieses Jahres den Versuch einer Klärung veröffentlicht. Er lehrt eigentlich an der Princeton-Universität im US-Bundesstaat New Jersey Politische Theorie und Ideengeschichte, arbeitet aber aktuell bis Juni 2017 am *Institute for Advanced Studies* in Wien.

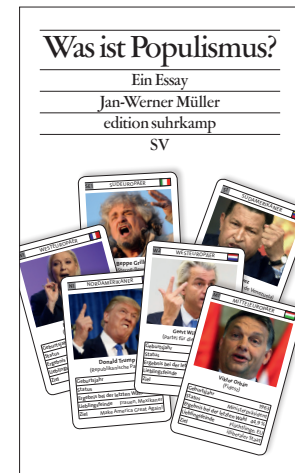
„Die Essayform würde zwar auch assoziatives Schreiben erlauben – Jan-Werner Müller geht seinen Gegenstand aber eher systematisch an. Nach einem

kurzen, einleitenden Problemaufriss folgen drei Kapitel: Das erste nähert sich dem Populismus auf theoretischer Ebene und legt dessen spezifische Logik frei. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit den Herrschaftspraktiken von Populisten und im dritten Kapitel gibt der Autor Empfehlungen, wie Demokraten mit den strukturell anti-demokratischen Populisten umgehen sollten. Am Ende bringt er die Essenz des Essays in zehn Thesen noch einmal auf den Punkt.“ So stellte der Deutschlandfunk bereits im Mai 2016 das Buch vor.

Jan-Werner Müller beginnt seinen leicht lesbaren Text damit, dass er erst einmal mit landläufigen Begriffsbestimmungen für Populismus aufräumt: Populismus sei eben nicht nur eine Sache von Modernisierungsverlierern, die den sozialen Abstieg fürchten und deshalb populistischen Führungsfiguren auf den Leim gehen. Und: Populismus lebe auch nicht notwendig von demagogischen Charismatikern, die rechtsextremen Ideen anhängen. Jan-Werner Müller wählt eine andere Definition: „Populismus, so meine These, ist eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen.“

Aschot Manutscharjan urteilt in der Wochenzeitung „Das Parlament“ Nr. 26-27: „Bei Müllers Essay handelt es sich um die besten 160 Seiten über eine zentrale Herausforderung der Politik, die bislang in diesem Jahr veröffentlicht wurden.“

vO



Die nächsten Hefte

POLIS 1/2017 (1. April): Philosophie und Politik

POLIS 2/2017 (1. Juli): Was wird aus Europa?

POLIS 3/2017 (1. Oktober): Populismus

POLIS 4/2017 (22. Dezember): Politische Bildung in beruflichen Schulen

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen?

Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie, auf einen bereits erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:

36100 Petersberg, Igelstück 5a, tschirner@em.uni-frankfurt.de.

Impressum,

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Lange (www.dvpb.de)

20. Jahrgang 2016

Leitende Redakteurin

Dr. Martina Tschirner

Igelstück 5a

36100 Petersberg

Tel.: 0661 9621133

Verlag

Wochenschau Verlag

Dr. Kurt Debus GmbH

Adolf-Damaschke-Straße 10

65824 Schwalbach/Ts.

www.wochenschau-verlag.de

Redaktion

Dr. Martina Tschirner (V.i.S.d.P.)

Dr. Moritz Peter Haarmann

Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer

Prof. Dr. Dirk Lange

Hans-Joachim von Olberg

Prof. Dr. Bernd Overwien

Prof. Dr. Armin Scherb

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Verantwortlich für diese Ausgabe

Prof. Dr. Dirk Lange/Dr. Werner Friedrichs

Verantwortlich für die DVPB aktuell

Dr. Moritz Peter Haarmann

Buchbesprechungen

Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Abonnentenbetreuung

Tel.: 06196 860-65

Fax: 06196 860-60

bestellservice@wochenschau-verlag.de

Herstellung

Susanne Albrecht, Opladen

Layoutentwurf

Wochenschau Verlag

Druck

Tolek Printing House

Erscheinungsweise

4 Hefte jährlich.

Preise

Einzelheft: 7,40 € zzgl. Versandkosten.

Standardabonnement: 24,80 € zzgl. Versandkosten.

In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreise

Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2016

Anzeigenleitung

Brigitte Bell

Tel.: 06201 340279, Fax: 06201 182577

brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung

Postbank Frankfurt/M., Kto. 000 377 0608,

BLZ 500 100 60,

IBAN DE68 5001 0060 0003 7706 08,

BIC PBNKDEFFXXX

© Wochenschau Verlag

Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis

Der Abonnentenausgabe liegen zwei Werbemittel bei: je eine Werbekarte „POLITIKUM“ und „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ des Wochenschau Verlages. Einem Teil der Auflage liegt ein Sonderdruck aus R&W 07-08/2016 bei.

ISSN: 1433-3120, Bestell-Nr.: po4_16

Bildnachweise

Aufmacherfotos der Rubriken:

„Zeitung“: © Gina Sanders, fotolia.com;

„Fachbeiträge“: © raven, fotolia.com;

„Didaktische Werkstatt“: © Robert Neumann,

fotolia.com; „Literatur“: © adistock, fotolia.com